

---

# Krise der Geisteswissenschaften?

## Ihre Stellung und Rolle, insbesondere die der Geschichtswissenschaft in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien und den USA

Wolf D. Gruner

### *Vorüberlegungen und grundsätzliche Fragen*

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog, Staatsrechtler, vor seiner Berufung zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes einige Jahre Kultusminister des Landes Baden-Württemberg, forderte mit Blick auf Europa in seiner Amtszeit den Bürgern „Orientierungen“ zu geben, um die „Köpfe und Herzen der Menschen“ zu gewinnen<sup>1</sup>. Vor dem Hintergrund der globalen und europäischen Herausforderungen für die Deutschen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts plädierte er verschiedentlich dafür, die Politik möge endlich eine grundlegende Reform des Bildungssystems in Angriff nehmen, damit Deutschland in Bildung, Ausbildung und durch die Qualität seiner Universitäten wieder zur europäischen und zur internationalen Spitze aufschließen könne. Der Arbeitsmarkt für die Absolventen unserer Bildungseinrichtungen vom gegliederten Schulsystem über die Fachhochschulen zu den Universitäten sei bereits heute europäisch. Diese Tendenz werde sich noch verstärken. Bildung müsse daher, so sagte er 1997 in einer eindringlichen Rede in Berlin, „zum ‚Megathema‘ werden, wenn wir uns in der Wissensgesellschaft des nächsten Jahr-

hunderts behaupten wollen“<sup>2</sup>. Herzog betonte, er „glaube an die Zukunft eines Bildungssystems, das sich durch sechs Eigenschaften auszeichnet: das erstens wertorientiert und zweitens praxisbezogen ist, das drittens international und viertens vielgestaltig ist, das fünftens Wettbewerb zuläßt und sechstens mit der Ressource Zeit vernünftig umgeht“<sup>3</sup>.

In diesem Eigenschaftsraster haben Erziehung, Ausbildung und Wissenschaft ihren Platz, vor allem aber auch die Geisteswissenschaften, die nicht allein mit Blick auf die Werteorientierung eine wichtige Funktion übernehmen. Sie sind ein notwendiger und integraler Teil unserer Kultur. Ohne die Sicherung der geisteswissenschaftlichen Dimension in ihrer Breite und Tiefe in unserem Bildungs- und Wissenschaftssystem käme es zu gravierenden und unkalkulierbaren Auswirkungen auf die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland<sup>4</sup>. Zehn Jahre nach der Rede Herzogs auf dem Berliner Bildungsforum begeht Deutschland 2007 das Jahr der Geisteswissenschaften. Im Rahmen der seit 2000 laufenden Initiative „Wissenschaft im Dialog“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) folgt auf das Jahr der Informatik (2006) und vor dem Jahr der Mathematik (2008) jetzt das Jahr der Geisteswissenschaften. Sie sind nun endlich nach den Natur-, Technik- und Lebenswissenschaften an der Reihe. Mit vielen Reden, Hochglanzbroschüren und Kongressen wird versucht, die Geisteswissenschaften in Deutschland, ihre „jeweils spezifischen Erkenntniswege und Arbeitsweise“ als einen bedeutenden Teil der deutschen und internationalen „Wissenschaftskultur“ in eine breitere Öffentlichkeit zu transportieren<sup>5</sup>. Hintergrund dieser Initiative ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern und vor allem auch die Jugend jenseits von „Jugend forscht“ verstärkt für wissenschaftliche Themen zu interessieren, zu begeistern, sie an wissenschaftliche Fragestel-

lungen heranzuführen. Ein Blick auf die Tische „Geisteswissenschaften“ in größeren Buchhandlungen, sofern sie überhaupt wahrgenommen werden, verdeutlicht aber, dass viele Buchhändler möglicherweise mit dem, was Geisteswissenschaften als wichtiges Element des öffentlichen Lebens ausmachen, überhaupt nichts anfangen können.

In seiner Rede von 1997 hatte Herzog bereits auf die formative Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften für die Menschen in einer freien und demokratischen Gesellschaft verwiesen. Sie vermitteln auch dem Naturwissenschaftler, Ingenieur, Wirtschaftswissenschaftler, Mediziner und Juristen – sofern geisteswissenschaftliche Fächer zum prüfungsrelevanten Teil des jeweiligen Fachstudiums werden<sup>6</sup>, wie dieses an einigen Technischen Hochschulen seit den 1970er Jahren einzuführen versucht wurde – neben Basiswissen und interdisziplinärem Denken auch politisch-soziale, ethisch-moralische und gesellschaftliche, aber auch Vermittlungskompetenzen für ihre Verantwortung im Beruf. Um zu verdeutlichen, was damit gemeint ist, lassen wir nochmals Roman Herzog zu Wort kommen:

„Eine Auseinandersetzung mit fremden Denk- und Wertesystemen setzt das Wissen über die eigene Herkunft und die eigenen prägenden Traditionen voraus. Andere Kulturkreise nehmen das kreative Potential unserer auf Freiheit setzenden abendländischen Gesellschaft viel bewußter wahr als wir selbst. Hier liegen unsere Stärken, die wir nicht gering schätzen sollten. Wir müssen ... aber auch vermitteln, daß Freiheit ohne Ziele Orientierungslosigkeit ist und daß Individualismus ohne Solidarität kein Gemeinwesen begründen kann ... Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit und Verantwortung! Und beides kann nicht durch abstrakte Theorie vermittelt werden!“<sup>7</sup> Den Geisteswissenschaften wächst in diesem Zusammenhang eine zentrale, gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu, die meistens übersehen oder verdrängt wird, aber in hohem Maße auch

ihre Daseinsberechtigung ausmacht. Sicherlich sind die Forschungsergebnisse in den Geisteswissenschaften oftmals nicht so spektakulär und mit Relevanz für das Bruttoinlandsprodukt (BIP), aber sie sind wichtig für das gesamte Bildungsniveau eines Landes und dessen Stellung im internationalen Vergleich und Wettbewerb. Zugleich wächst ihnen durch die Vermittlung von breiten, die Aktionsfähigkeiten erhöhenden Sprachkompetenzen einschließlich der landeskundlichen Elemente und des Wissens über die eigene und fremde Kulturen eine grundlegende Bedeutung für die Handlungsfähigkeit deutscher wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Eliten in ihrer jeweiligen europäischen und internationalen Arbeitswelt zu, und sie tragen auf diese Weise ihren Anteil zur „ökonomischen Wertschöpfung“ bei.

In seiner Stellungnahme zur Förderung und Entwicklung der Geisteswissenschaften hatte der Wissenschaftsrat 2006 festgestellt:

„Die Leistungen der Geisteswissenschaften in Deutschland sind in der Forschung ebenso wie in der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses sehr gut und international anerkannt. Sie werden in einem selbstverständlich gewordenen internationalen Austausch erbracht und setzen auf vielen Feldern Maßstäbe. Die Geisteswissenschaften gehören zu den Wissenschaftsbereichen, die international Ausweis der Kultur- und Forschungsnation Deutschland sind. Sie wirken gleichermaßen an der kulturellen und politischen Selbstvergewisserung Deutschlands und der ökonomischen Wertschöpfung mit“<sup>8</sup>. Von einer Krise der Geisteswissenschaften könne in Deutschland nicht gesprochen werden und die Forderung nach mehr „Internationalität“ gehe an den Realitäten einer „längst etablierten Organisation und Praxis exzellenter geisteswissenschaftlicher Forschung in Deutschland“ vorbei<sup>9</sup>. Dies ist sicherlich richtig. Die in ihrer Struktur vielfältigen wie komplexen Geisteswissenschaften

sind *noch* in zahlreichen Disziplinen in einer „hervorragenden bis führenden Position“ und werden daher zu Recht als ein „entscheidender internationaler Ausweis der Wissenschafts- und Forschungsnation Deutschland“ wahrgenommen<sup>10</sup>. Charakteristisch sind in der Regel internationale länderübergreifende Kooperation, mehrsprachiger Austausch und wissenschaftlicher Diskurs. In der Mehrzahl der Geisteswissenschaften, seien es die Geschichtswissenschaft, die Literatur- und Sprachwissenschaften, die Religions- und Musikwissenschaften, die Medien- und Kunstwissenschaften, die Philosophie oder die vergleichenden Regionalstudien, ist Forschung und Vermittlung von Forschungserträgen ohne eine breite Sprachkompetenz nicht möglich. Das bedeutet, dass die Publikationstätigkeit sich nicht auf den deutschen Sprachbereich beschränken kann und darf. Dies gilt gleichermaßen beispielsweise für die Germanistik, die Germanistische Sprachwissenschaft oder für die deutsche Geschichtswissenschaft. In beiden Wissenschaftsbereichen haben wir ein großes, aktives Forschungspotenzial in anderen europäischen Ländern, in Asien und in den Amerikas, das insgesamt größer ist – dies wird oft übersehen und vergessen –, als das im deutschsprachigen Raum verfügbare. In den Philologien jenseits der Germanistik sowie in den Fächern, die sich mit anderen europäischen Ländern oder überseeischen Sprachen und Kulturen befassen, gilt dieses in umgekehrter Weise. Wissenschaft und Forschung, die *community of investigators*, sind international und müssen es für den gegenseitigen Austausch und die gegenseitige Befruchtung auch sein. So ist es seit dem 16. Jahrhundert und verstärkt seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert immer gewesen. Es ist daher kontraproduktiv, wenn in vielen Philosophischen Fakultäten in diesem Land bedauert wird, dass „Deutsch als Wissenschaftssprache“ seine Stellung eingebüßt habe und Englisch zur *lingua franca* geworden sei. Früher war diese das Latein, seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zunächst das

Französische – nicht allein in der Diplomatie – und später das Deutsche. Zahlreiche wichtige Dissertationen und Publikationen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, die noch heute relevant sind, liegen nur in lateinischer Sprache vor. Bis heute lesen wir in einigen Promotionsordnungen Philosophischer Fakultäten, dass die Dissertation auch auf Latein vorgelegt werden kann. Gegenwärtig ist jedoch die Kommunikationssprache mit der größten Verbreitungsdichte das Englische in seiner britischen oder amerikanischen Form. Warum soll daher eine historische Habilitationsschrift zur Gesundheitsorganisation des Völkerbundes in der Zwischenkriegszeit, deren Quellencorpus weitestgehend aus englischen und französischen ungedruckten und gedruckten Materialien besteht und für die der Wissenschaftsdiskurs weitestgehend auf Englisch geführt wird, nicht in englischer Sprache vorgelegt werden<sup>11</sup>? Warum sollen die Titel von Lehrveranstaltungen in kommentierten Vorlesungsverzeichnissen deutscher Universitäten und auch der entsprechende Kommentar zu den einzelnen Lehrveranstaltungen nicht auch in englischer Sprache erscheinen, um ausländische Studenten anzuziehen, die erst während ihres Studienaufenthaltes in Deutschland ihre Sprachfähigkeit im Deutschen erwerben, verbessern beziehungsweise vervollständigen? Warum können in der überwiegenden Zahl der Geisteswissenschaften nicht auch, wie in den Naturwissenschaften, der Medizin oder den Wirtschaftswissenschaften, ganze Studiengänge, *bei denen es sinnvoll erscheint*, oder zumindest einzelne Lehrveranstaltungen, wie Vorlesungen, Seminare und Kolloquien nicht auch in englischer Sprache oder bilingual angeboten werden?

So wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts Deutschland aufgrund seiner technologischen Vorrangstellung, seines Erfinderreichtums und seines kreativen Innovationspotenzials mit einem international anerkannten und als nachahmenswert angesehenen Universitäts- und Ausbil-

dungssystem zu einer der führenden Industrie-, Handels- und Wissenschaftsnationen wurde, stieg vor diesem Hintergrund auch Deutsch zur führenden Wissenschaftssprache auf<sup>12</sup>. Wenn die Bedeutung des Deutschen als Wissenschaftssprache seit dem Ersten Weltkrieg zurückging, so hat dies auch etwas mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu tun.

Gegenwärtig ist jedenfalls der englischen Sprache im internationalen wissenschaftlichen Diskurs eine dominierende Stellung zugewachsen, die es realistisch anzuerkennen gilt, auch wenn in einigen Disziplinen, beispielsweise in der Philosophie, Deutsch als Wissenschaftssprache seine Bedeutung vielfach erhalten konnte, da das Original zahlreicher philosophischer Texte in gedruckter oder ungedruckter Form in deutscher Sprache vorliegt. Wenn wir nicht wissenschaftlich in Provinzialität abgleiten wollen, müssen alle Wissenschaften – dies gilt insbesondere für die Geisteswissenschaften – *auch* auf Englisch und in anderen Sprachen publizieren, wenn sie ein Interesse daran haben, dass ihre Forschungsergebnisse zur Kenntnis genommen und diskutiert werden. Hierzu gehört auch, dass auf Deutsch erschienene größere Studien zusätzlich auf Englisch und auch in anderen Sprachen veröffentlicht werden. In anderen europäischen Sprachen, beispielsweise im Italienischen, ist dies ein normaler Vorgang. Auch für eine solide universitäre Ausbildung ist dies von Bedeutung, da in den Anfangssemestern die in der Schule erworbene Sprachkompetenz oftmals noch nicht den Anforderungen eines Studiums entspricht beziehungsweise noch als Studenvoraussetzung erworben werden muss. Wenn wir diese Prämissen und Aspekte nicht akzeptieren und verinnerlichen, dann hat der deutsche Wissenschaftsbetrieb keine große Perspektive mehr.

Sicherlich muss in der Sprachenfrage eine Differenzierung vorgenommen werden. Es muss zu einem sinnvollen

Mix kommen, denn in den Geisteswissenschaften spielt die Sprache eine entscheidende Rolle und wurde daher als „die thematische Klammer“ für das Wissenschaftsjahr 2007 bezeichnet<sup>13</sup>. Die Sprache ist der „Kern der geisteswissenschaftlichen Arbeit“. Dieser Kern lässt sich in drei Dimensionen darstellen, für die Sprache das Vehikel bilden muss:

„Vermitteln – Gestalten – Erinnern“<sup>14</sup>.

In einer der zahlreichen in den letzten Jahren, insbesondere im Jahr der Europäischen Sprachen 2001 und ihrer Nachwirkungen, geführten Diskussionen über die Frage, ob Deutsch in Deutschland und international wieder zur dominierenden Sprache der Wissenschaft werden sollte<sup>15</sup>, stellte der germanistische Sprachwissenschaftler Ulrich Ammon fest, dass die deutsche Sprache für deutsche Wissenschaftler unverzichtbar bleibe, „denn sie müssen mit der eigenen Gesellschaft kommunizieren können“<sup>16</sup>. Studiengänge an deutschen Hochschulen ausschließlich auf Englisch ohne deutsche Sprachanteile anzubieten, untergrabe „die Abteilungen von Deutsch als Fremdsprache im Ausland, die Freunde heranbilden, welche für die Außenkontakte Deutschlands von unschätzbarem Wert sind“<sup>17</sup>. Dennoch müssen wir den Stellungsverlust des Deutschen als internationale Wissenschaftssprache – mit verursacht durch die historischen Erfahrungen der Anderen mit Deutschland zwischen 1914 und 1945 – anerkennen, da sich mit dem Aufstieg der USA zur stärksten Finanz-, Industrie- und Wissenschaftsmacht nach dem Ersten Weltkrieg auch die Zentren für die wissenschaftliche Welt verschoben haben. Die USA, nicht Europa, nicht die deutschsprachigen Länder, bilden heute das Weltwissenschaftszentrum, auch mit bedingt durch den *brain drain* aus dem deutschen Mitteleuropa in der Zeit des Nationalsozialismus und in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei spielen für den

Forschenden nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart die für die Forschung gegebenen Arbeits- und Rahmenbedingungen eine beachtliche Rolle, aber auch die Stellensituation an den deutschen Universitäten ist relevant. Zahlreiche Historiker, Politikwissenschaftler, Germanisten und Musikwissenschaftler kamen seit 1945 beispielsweise durch Stipendien oder Berufungen in die USA und machten dort eine Universitätskarriere. Sie bildeten den Kern für die *German Studies* an den dortigen Universitäten<sup>18</sup>.

Heute verwenden Wissenschaftler das Englische „weltweit für ihre immer enger vernetzte Kommunikation. Wer nicht in dieser Sprache agiert – rezipiert, korrespondiert, publiziert, vorträgt – wird außerhalb der eigenen Sprachgemeinschaft kaum noch wahrgenommen“<sup>19</sup>. Was für kleine Sprachgemeinschaften normal ist, nämlich, dass sie mindestens eine „aktive Zweisprachigkeit“ als Wissenschaftler pflegen müssen – beispielhaft sind in diesem Zusammenhang die Luxemburger, die Niederländer, die Skandinavier, die Polen, die Ungarn und die anderen kleineren europäischen Länder –, ist für die großen europäischen Sprachgemeinschaften wie das Deutsche, das Französische, das Spanische und auch das Italienische noch ein schwieriger Lernprozess. Ammon plädierte zudem dafür, dass ein Wissenschaftler neben der „aktiven Zweisprachigkeit“ auch über die Lesefähigkeit in weiteren Fremdsprachen verfügen müsse<sup>20</sup>. Davon unterschieden werden muss, dass eine Flut von Anglizismen und angelsächsischen Modewörtern in die Alltagssprache eingebürgert ist<sup>21</sup>. Wolfgang Thierse kommentierte diese Entscheidung 2001 im Jahr der europäischen Sprachen in einer Rede vor dem Philologenverband mit dem Vorschlag, die zahlreichen Einladungen zu „Mega-Events“ oder „Presse-Briefings“ mitunter „einfach an den bundestageeigenen Sprachendienst“ weiterzuleiten, „mit der Bitte um Rückübersetzung in unsere Muttersprache“<sup>22</sup>. Ermahnt wurden aber auch die Leh-

rer, die Journalisten, die privaten und öffentlichen Fernsehanstalten und andere, „Texte in verständlichem plastischen Deutsch“ zu schreiben – und dies gilt gleichermaßen für die Wissenschaft. Man muss seine Sprache mögen. Nur dann wird man sensibilisiert für „ihre Verhöhnung, Verluderung, ja Zerstörung ... Sprache ist Heimat – lassen wir uns nicht aus ihr verdrängen“<sup>23</sup>.

Für zahlreiche geisteswissenschaftliche Fächer, beispielsweise für die Geschichtswissenschaft, gehören neben der Muttersprache und dem Lateinischen noch mindestens zwei moderne Fremdsprachen an den meisten Universitäten zu den Voraussetzungen für die Zulassung und ein erfolgreiches Studium.

Der sinnvollen Forderung nach einer mindestens aktiven Zweisprachigkeit im Wissenschaftsbetrieb steht die Kritik entgegen, dass durch die „fehlende Weiterentwicklung landessprachlicher Terminologien im Inland ... Deutsch seine Wissenschaftstauglichkeit verliert“<sup>24</sup>. Dies gilt sicherlich vor allem für den Bereich der Naturwissenschaften, in denen vielfach auch im internen Wissenschaftsbetrieb das Englische dominiert und somit dieses gleichfalls die Terminologie entwickelt, bestimmt und prägt. Es ist aber ebenso für die geisteswissenschaftlichen Fächer relevant, da Sprache gerade in den Geisteswissenschaften immer als ein „wichtiges Erkenntnisinstrument“ angesehen werden muss. Dies gilt insbesondere für die Muttersprache, in der die Ausdrucksfähigkeit mit Blick auf die Treffsicherheit, auf stilistische Nuancen, die Bildhaftigkeit und die Präzision größer ist als in einer sehr gut beherrschten Fremdsprache. Hinzu kommt, dass sich manche Begriffe und wissenschaftliche Termini nicht ohne weiteres von einer Sprache in die andere übersetzen lassen, zumal dann, wenn die Wortfelder in den einzelnen Sprachen unterschiedlich sind und sich über die Zeit anders entwickelt haben. Beispielsweise lassen sich die in der

deutschen Fachsprache klar definierten Begriffe zur „Nation“ oder zu föderativen Formen von Staatlichkeit wie „Staatenbund“, „Bundesstaat des föderativen Typs“ und „Bundesstaat des unitarischen Typs“ schwer in das Englische übersetzen. Gleiches gilt für den Begriff „Föderalismus“. Während wir im Deutschen eine Wahrnehmung von Föderalismus haben, die sich aus einer jahrhundertealten historischen Tradition des deutschen Mitteleuropa entwickelt hat, verbinden sich mit „Federalism“ und „Federation“ im Englischen beziehungsweise Amerikanischen unterschiedliche Inhalte<sup>25</sup>. Gerade wegen der unterschiedlichen Perzeption von „Föderalismus“ und „Federalism“ hatte 1992 die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher Probleme mit der Formulierung in der Präambel des Vertrages von Maastricht, in der es ursprünglich hieß, dass die Vertragsstaaten entschlossen seien eine Europäische Union zu bilden und „den Prozeß der Schaffung einer immer engeren *föderativen* Union der Völker Europas ... weiterzuführen“<sup>26</sup>. Auch in der Diskussion über die „Finalität Europas“ und die künftige Organisationsform einer reformierten Europäischen Union wird, mit Ausnahme deutscher Stimmen, vermieden, den Begriff „Föderation“ oder „Bundesstaat“ im verfassungs- oder staatsrechtlichen Sinne zu benutzen. Die Föderalismusproblematik ist ein schönes Beispiel dafür, dass sich aus den Traditionen und den historischen Erfahrungen der jeweiligen Geschichtslandschaften Begriffe bilden, die in die Fach- und Alltagssprache Eingang gefunden haben. Dennoch müssen Begrifflichkeiten, die sich im Wissenschaftsdiskurs durchgesetzt haben, auch in die Muttersprache übernommen werden. Vor allem gilt dies für den Bereich der Geschichte der Internationalen Beziehungen sowie für die Sozialwissenschaften, aus denen vielfach auch methodische Termini in die Geisteswissenschaften Eingang finden.

Ein Wissenschaftler, der international wahrgenommen

werden möchte, muss daher eine hohe Sprachkompetenz besitzen und die aktive Zweisprachlichkeit oder Mehrsprachlichkeit pflegen, zugleich aber das Deutsche als Wissenschaftssprache dann verwenden und pflegen, wenn es um die Darstellung und Begriffsbildung im eigenen Fach geht, bei der Einwerbung nationaler Drittmittel oder auf einer internationalen Konferenz, auf der die Mehrheit der Teilnehmer Deutsch versteht, auch Deutsch als Vortragssprache einsetzen. Zu Recht ist daher jüngst in der *Süddeutschen Zeitung* der „Englischzwang für deutsche Forschungsanträge“ kritisiert worden<sup>27</sup>. Auch wenn diese Maßnahme mit Rücksicht auf ausländische Gutachter getroffen wurde, macht es keinen Sinn, bei einem Exzellenzinitiative-Projekt zu einem germanistischen Thema im 19. Jahrhundert oder zu einem interdisziplinären geschichtswissenschaftlichen zu staatlichen Neugliederungsvorstellungen in der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik einen Vollantrag in englischer Sprache vorzulegen. Ein ausländischer Experte müsste zur Begutachtung des Antrages der deutschen Sprache mächtig sein. Sicherlich sind in den Naturwissenschaften andere Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Die Sprachdebatte in der deutschen Wissenschaft wird weitergehen. Der Autor des Artikels (Anm. 27) wirft abschließend die Frage auf, „ob das gewünschte neue Selbstbewusstsein der deutschen Wissenschaft die Sprache dieser Wissenschaft mit einschließt oder nicht“<sup>28</sup>. Ein nicht bei Seite zu schiebendes Argument für die Wissenschaftssprache Deutsch ist auch die Außenwirkung unseres Umgangs mit unserer eigenen Wissenschaftssprache. In diesem Zusammenhang argumentiert der Immunologe Ralph Mociak: „Die ausländischen Gastwissenschaftler, die von deutscher Sprache und Kultur oft geradezu ferngehalten werden, nehmen oft den Eindruck mit nach Hause, dass wir mit der Preisgabe unserer Wissenschaftssprache auch

den Anspruch aufgegeben haben, inhaltlich eigene Akzente zu setzen<sup>29</sup>.

In den von Mocikat, Haße und Dieter 2005 vorgelegten sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft beklagen die Verfasser „im deutschsprachigen Raum einen konsequenten Rückzug aus der Landessprache“<sup>30</sup>. Aus ihrer Sicht habe dies schwerwiegende Folgen für den Ausbildungs- und Forschungsstandort Deutschland<sup>31</sup>. Die Deutsch-als-Wissenschaftssprache-Problematik stellt sich, anders als in der Medizin, in den Natur- und Ingenieurwissenschaften und in den Wirtschaftswissenschaften in den Geisteswissenschaften weniger. Trotz der erforderlichen Mehrsprachigkeit als zentrales Element des Studiums findet der Gedankenaustausch im Lehr- und Wissenschaftsbetrieb in der Regel in Deutsch statt, die Kommunikation erfolgt also in der Muttersprache. Im Binnendiskurs der Geisteswissenschaften kann sich daher das Deutsche als Wissenschaftssprache auch weiterentwickeln. Ernst zu nehmen ist der Aspekt, dass die „Preisgabe der Landessprache“ zu einer „Dissoziation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit“ führt, eben der Gesellschaft, die Wissenschaft finanziert<sup>32</sup>. Die Kommunikation und Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen für eine breitere Öffentlichkeit ist zunächst nicht so sehr ein Fremdsprachenproblem, sei es des Englischen, Französischen, Spanischen oder Italienischen, sondern vielmehr ein Problem der für die Vermittlung von den einzelnen Wissenschaftlern benutzten Sprachenebene. Zur Vermittlungskompetenz in der Wissenschaft muss es auch gehören, komplexe Sachverhalte in verständlicher und interessanter Form darzustellen.

### *Entwicklungen und Rahmenbedingungen*

Die Geisteswissenschaften haben sich begrifflich erst nach den Naturwissenschaften ausgebildet<sup>33</sup>. Zu ihnen zählen wir traditionell die an der Philosophischen Fakultät angesiedelten Fächer. Hinzu kommen gerade bei modernen methodischen Fragestellungen aus den Sozialwissenschaften die Soziologie und die Politikwissenschaft sowie aus der Juristischen Fakultät die Felder, die sich mit Staats- und Verfassungsrecht, Europarecht und mit der Rechtsgeschichte befassen. In dieser Aufzählung deutet sich bereits eine natürlich entstandene Interdisziplinarität an, die vor allem die Geschichtswissenschaft befruchten, die aber auch Impulse für die Fächer der Philosophischen Fakultät vermitteln kann, die vom interdisziplinären Austausch profitieren, beispielsweise im Feld der Rechtsphilosophie.

Das Jahr der Geisteswissenschaften ist von dem Versuch gekennzeichnet, den Status und das öffentliche Ansehen dieses Forschungs-, Lehr- und Vermittlungsfeldes für die Gesellschaft zu verbessern. Kennzeichnend für die Geisteswissenschaften sind ihre Vielfalt, ihre methodische Pluralität und ihre höchst unterschiedlichen Forschungsansätze. Zur Gruppe der Geisteswissenschaften zählen nach einer Aufstellung des Wissenschaftsrates 17 Studienbereiche mit 96 Fächern. Die fachliche Heterogenität der Geisteswissenschaften bedeutet Stärke und Schwäche zugleich. Auch wenn die Geisteswissenschaften begrifflich formal eine Spätgründung sind, haben sie dennoch, wie Karl Jaspers 1946 bemerkte, eine „einzigartige Stellung“ in den Wissenschaften. Ursprünglich bereiteten sie nicht für einen bestimmten Beruf vor. Die Philosophische Fakultät „war ihrem Sinne nach die Vorschule für alle anderen ... Fakultäten. Diese Stellung hat sich gewandelt. Aus der Vorbereitung ist sie zur Grundlage geworden. Sie umfaßt für sich allein alle Wissenschaften. Die ... anderen Fakultä-

ten haben ihren wissenschaftlichen Sinn aus der Berührung mit den Grundwissenschaften, die in der Philosophischen Fakultät zusammengefasst sind. So ist die Philosophische Fakultät, wenn man allein auf Forschung und Theorie den Blick richtet, für sich schon die gesamte Universität<sup>34</sup>. An dieser Aussage ist sicherlich vieles richtig, doch seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich die Geisteswissenschaften in den meisten Disziplinen methodisch und inhaltlich verändert und haben neue Wege beschritten. Hierbei spielte sicherlich die wachsende Internationalität der Fächer eine Rolle. Eine der Aussagen Jaspers, dass die Disziplinen in der Philosophischen Fakultät zu den Grundlagen eines jeden Studiums gehören, dem Studierenden eine historisch-politische und kulturelle „Grundierung“ vermitteln, trifft für die deutsche Universität, mit geringen Ausnahmen, eigentlich nicht mehr zu. In den amerikanischen Universitäten spielen die *humanities* im Zusammenhang mit der ersten universitären Ausbildung hin zum Bachelor (BA/BSc) nach wie vor eine zentrale Rolle und nicht nur in den Liberal Arts Colleges. Sicherlich lässt sich trefflich darüber streiten, ob verpflichtende Kurse im Grundstudium zur „Western Civilization“ oder in anderer, den modernen Zeitumständen angepasster und geraffter Form sinnvoll sind und das angestrebte Ziel einer Grundorientierung verwirklichen können<sup>35</sup>, vor allem auch dann, wenn die Lehrenden nur in Teilgebieten durch eigene Forschung Kompetenz in einzelnen Vermittlungsfeldern besitzen. Aus der Sicht des Hochschullehrers können diese prüfungsrelevanten Kurse Grundwissen schaffen, das neben der normalen Fachliteratur die Wissensgrundlagen der Studierenden verbessert. In den USA entsprechen die ersten Semester am College oder an der Universität gerade im geisteswissenschaftlichen Bereich der früheren Zielsetzung der Oberstufe deutscher Gymnasien.

Eine breite politisch-historische, literaturwissenschaftliche und kulturelle Grundierung findet in Deutschland aus vielerlei Gründen nicht mehr statt. Sie wäre aber von grundlegender Bedeutung für das künftige Berufsleben von Hochschulabsolventen, die auch geisteswissenschaftliche Kenntnisse, also Bildung, und eine entsprechende Vermittlungsfähigkeit für ein erfolgreiches Agieren auf einem europäischen und internationalen Arbeitsmarkt besitzen müssen. Es ist daher sehr problematisch, wenn die derzeit in der Schule vermittelten geisteswissenschaftlichen Elemente den Fundus von Nicht-Geistes- und Sozialwissenschaften in der modernen Wissensgesellschaft bilden müssten. Von daher wächst den Geisteswissenschaften ein neuer, gesamtgesellschaftlicher Auftrag zu, den sie wahrnehmen müssen. Sie sind, wie es Ruth Wagner formulierte, „ein Erbe der europäischen Antike, der mittelalterlichen Theologie und Philologie, der europäischen Denker des 17. und 18. Jahrhunderts und insbesondere des Idealismus. Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wilhelm von Humboldt, Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller und die Gebrüder Grimm sind die Väter der sich entfaltenden Geisteswissenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Dazu gehören u. a. auch die Naturwissenschaftler Maria Sybilla Merian, Carl von Linné, Albert Einstein, Max Planck. Diese Ahnen und ihre literarischen und künstlerischen Werke gehören, neben Kunst und Kultur, zum Erbe Europas und insbesondere Deutschlands. *Sie [die Geisteswissenschaften, WDG] sind Teil des kollektiven Gedächtnisses der Nation und zugleich Kompass für die Zukunft.* Insofern gliche die Forderung nach ihrer Entbehrlichkeit der Selbstaufgabe dieser Gesellschaft“<sup>36</sup>. Wenn wir die hier geäußerten Überlegungen weiterentwickeln, dann wird deutlich, dass die Geisteswissenschaften eine zentrale Rolle nicht nur für die deutsche, sondern auch die europäische Identitätsbildung

übernehmen können, ja müssen<sup>37</sup>. Wir könnten die aufgezählten deutschen Denker, Dichter und Wissenschaftler durch zahlreiche weitere und bedeutende deutsche und europäische ergänzen: Georg von Podiebrad, Mikael Agricola, Jean Jacques Rousseau, Nikolaus Kopernikus, Anders Celsius, Charles Baron de Montesquieu, John Locke, Adam Smith, Sebastian Münster, Gerhard Mercator, Jodokus Hondius, Erasmus von Rotterdam, Claudius Ptolemaios, Leonardo da Vinci, Hans Christian Andersen, Astrid Lindgren, Thomas Stearns Eliot, Albert Camus, Ortega y Gasset, Dante Alighieri, Carlo Goldoni, Victor Hugo, James Joyce, Thomas Paine, Eugène Delacroix, Thomas Malthus, James Watt, Edmund Burke, Antoine de Lavoisier, Denis de Rougemont, Alfred Nobel, Hendrik Ibsen, Milan Kundera, Joseph Conrad, Henryk Sienkiewicz, Sren Kierkegaard, Václav Havel, Stanisław Lem und Alessandro Graf Volta. Ortega y Gasset hat die kulturelle Grundierung der Europäer einmal treffend beschrieben als er meinte: „Machten wir heute eine Bilanz unseres geistigen Besitzes – Theorien und Normen, Wünsche und Vermutungen –, so würde sich herausstellen, dass das meiste davon nicht unserem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. In uns allen überwiegt der Europäer bei weitem den Deutschen, Spanier, Franzosen ... Wenn wir uns versuchsweise vorstellen, wir sollten lediglich mit dem leben, was wir als ‚Nationale‘ sind, wenn wir etwa den durchschnittlichen Deutschen aller Sitten, Gedanken, Gefühle zu entkleiden probieren, die er von anderen Ländern des Erdteils übernommen hat, werden wir bestürzt sein, wie unmöglich eine solche Existenz schon ist; vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gemeingut“<sup>38</sup>. Ortega y Gasset verweist auf die Gemeinsamkeiten der Europäer mit Blick auf ihre psychische Struktur und die Inhalte. Er nennt in diesem Zusammenhang die Religion, die Wissenschaft, das Recht, die Kunst

und die gesellschaftlichen Werte. Zugleich betont er aber, „Spanier, Deutsche, Engländer, Franzosen sind und bleiben so verschieden, wie man nur will“<sup>39</sup>. Ähnliches finden wir bei T.S. Eliot in seinen Überlegungen zur Kultur, insbesondere zur europäischen Kultur<sup>40</sup>. In seinem Essay *Die Einheit der europäischen Kultur* macht er auf Wichtiges aufmerksam, wenn er bemerkt, dass ein politisches System „zum einen Teil Konstruktion [sei], zum anderen etwas Gewachsenes. Das Technisch-Konstruktive ist, wenn es gut ist, in gleicher Weise für alle Völker gut. Zum anderen Teil wächst jedes politische System aus der Kultur des betreffenden Volkes und mit ihr, und insofern unterscheidet es sich von dem anderer Nationen. Die Gesundheit der Kultur Europas beruht auf zwei Voraussetzungen: Jedes Land muss seine unverwechselbare eigene Kultur haben, und die verschiedenen Kulturen müssen ihre innere Verwandtschaft erkennen und anerkennen, so dass alle für gegenseitige Beeinflussungen empfänglich sind. Das ist auch durchaus möglich, denn es gibt in der europäischen Kultur ein gemeinsames Gut, eine von Alters her bestehende Verbundenheit im Denken, Fühlen und Verhalten, einen Austausch künstlerischer und geistiger Werte“<sup>41</sup>.

Diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, zu erfassen und zu vermitteln musste und muss als eine der zentralen Aufgaben und Vermittlungsfunktionen der Geisteswissenschaften angesehen werden, in der Vergangenheit, in einer sich rasch verändernden Gegenwart und vor allem auch in der Zukunft<sup>42</sup>. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Geisteswissenschaften als überflüssig und entbehrlich abzuschaffen, einer Selbstaufgabe der deutschen Gesellschaft gleichzusetzen wäre. Wolfgang Frühwald, Germanist und Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, hat in der Anhörung des Deutschen Bundestages im Mai 2005 das Problem Geisteswissenschaften auf den Punkt gebracht als er sagte: „Jede Schwächung

des Ansehens und der Leistungsfähigkeit der Geistes- und Sozialwissenschaften verringert das Prestige Deutschlands in der Welt. Eine geisteswissenschaftliche Kultur zeugt von der Höhe und dem Niveau der Kultur eines Volkes<sup>43</sup>! Es sei sicherlich derzeit so, dass die Geisteswissenschaften in der Öffentlichkeit unter „Legitimationsdruck“ stünden. Damit „müssen wir offensiver umgehen“<sup>44</sup>. Sie dürfen sich ihre gesellschaftliche Bedeutung nicht „nieder reden“ lassen und sollten selbstbewusst ihre Kernkompetenzen einer breiteren Öffentlichkeit verständlich vermitteln. Gerade im Zeitalter der „flat world“<sup>45</sup> werden ihre Kompetenzen noch mehr gebraucht als früher, um sich den Herausforderungen der Globalisierung, den Problemen von Migration und Integration zu stellen, aber auch um sich durch Wissen für die Kultur, die Mentalitäten, die Traditionen und die Geschichte des Anderen zu sensibilisieren, sei es in Europa, Asien, Afrika, den Amerikas oder anderswo auf der Welt. Dieses Wissen erleichtert es, Handlungsmuster, Verhalten und Reaktionen zu verstehen und in der Entscheidungsfindung und bei der Analyse angemessen zu berücksichtigen. Die Geisteswissenschaften können so beispielsweise Akteure in der Wirtschaft durch ihre Kompetenzen wichtige Instrumente an die Hand geben, die sie in Gesprächen benötigen und die sie für erfolgreiche Verhandlungen brauchen. Sie können somit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des Anderen leisten und Fehler im Umgang mit unterschiedlichen Kulturen und Mentalitäten vermeiden helfen. Es wäre daher fatal, wenn aus vermeintlichen Sparzwängen oder als Folge des Bologna-Prozesses so genannte kleine, aber wichtige Fächer, „Orchideenfächer“, aus deutschen Universitäten verschwinden oder an bestimmten Standorten konzentriert würden.

Von grundlegender Bedeutung ist es auch, darauf machte Jürgen Mittelstraß aufmerksam, die „Zwei-Kulturen-Theorie“ zu überwinden. Die Geisteswissenschaften, die Natur-

wissenschaften und die Technikwissenschaften seien „Ausdruck derselben Rationalität, ... die die moderne Welt geschaffen haben“. Die Auffassung, dass den Geisteswissenschaften die Aufgabe als Reparaturinstanz für Modernisierungsschäden zufalle, während die Natur- und Technikwissenschaften für Innovation stünden, ist daher lange überholt, aber vielfach noch nicht in den Köpfen angekommen.

Immerhin kommen die Geisteswissenschaften seit den späten 1990er Jahren wieder stärker in den Blick, auch wenn dies zunächst in der Form erfolgt, dass von einer Krise der Geisteswissenschaften gesprochen wird. Sofern es diese Krise tatsächlich gibt oder gegeben hat, dann traf dieses nicht auf die Forschung und die Forschungsleistung der Geisteswissenschaften zu, sondern vielmehr auf die finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen Lehre und Forschung existieren mussten und müssen. Vor diesem Hintergrund stellten im Dezember 2004 die Rot-Grünen-Koalitionsfraktionen im Bundestag den Antrag die „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften“ zu stärken<sup>46</sup>. Angesichts der Initiativen zur Schaffung von Spitzenuniversitäten und Exzellenzzentren in Deutschland müssten auch die Geisteswissenschaften angemessen berücksichtigt werden. Die Forschungen in den geisteswissenschaftlichen Fächern fänden vor allem in den Universitäten statt. Ihre Förderung obliege daher vornehmlich den Ländern. Aufgrund der „aktuellen Kürzungen“ in den Haushalten einiger Bundesländer seien die Geisteswissenschaften besonders betroffen. Hingewiesen wird auch auf die Probleme von Globalhaushalten für die Universitäten, die im inneruniversitären Verteilungskampf in der Regel auf Kosten der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften gehen. Eine Stärkung dieser Bereiche sei daher zwingend notwendig. Hier, wie auch in Anträgen an den Deutschen Bundestag im Jahr der Geisteswissenschaften durch alle Fraktionen, aber auch in der publizistischen und öffentlichen Diskussion

wird auf den hohen und unverzichtbaren Stellenwert der Geisteswissenschaften für Gesellschaft und Staat verwiesen:

Sie „leisten einen spezifischen und unverzichtbaren Beitrag zur Förderung von gesellschaftlichen Innovationen. Sie beschäftigen sich mit Kultur als Inbegriff menschlicher Lebensformen über das übliche Verständnis der Tradierung des kulturellen Erbes hinaus. Eine ihrer Bedeutungen liegt in der Erarbeitung wichtiger Beiträge zur Bewältigung der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im Zeichen der Globalisierung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Im Sinne eines fächer- und disziplinenübergreifenden Studium Generale ... kommt der geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Lehre an Hochschulen eine unverzichtbare Rolle zu. Auch für ein kontextbezogenes Studium ist [ihr Angebot ...] notwendig. Sie geben wichtige Impulse beispielsweise zur interkulturellen Bildung, zur Humanisierung der Lebens- und Arbeitswelt und zur nachhaltigen Gestaltung des technologischen Fortschritts im Rahmen der Technologiefolgeabschätzung“<sup>47</sup>.

Mit bedingt durch diesen Antrag kam es am 11. Mai 2005 zu einer Expertenanhörung zur „Situation der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in Deutschland“ im Bundestagsausschuss „Bildung-, Forschung und Technologiefolgeabschätzung“<sup>48</sup> und am 23. August 2005 zu „Beschlussempfehlung und Bericht“ des Ausschusses<sup>49</sup>. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich „weiterhin intensiv mit den Perspektiven der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften zu befassen“, für sie vor allem auch „eigene Exzellenznetzwerke“ aufzubauen sowie sich dafür einzusetzen, dass sie und ihre „Grundlagenforschung auf europäischer Ebene im 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramm und beim geplanten European Research Council berücksichtigt werden“<sup>50</sup>. Während die SPD-Fraktion die Fokussierung auf die Natur- und Ingenieurwissenschaften und den Druck auf die kleinen Fä-

cher beklagte und hervorhob, dass bei Exzellenzinitiativen auch die Geisteswissenschaften gefördert werden müssten, stellte die CDU/CSU-Fraktion heraus, dass die Anhörungen nicht nur die Bedeutung der Geisteswissenschaften gezeigt hätten, sondern ebenso einen Anstoß für „eine Art Lobbyentwicklung für die Geisteswissenschaften“ gegeben und zudem auf die Themenfelder Wertediskussion, Extremismusdebatte und Islamforschung hingewiesen hätten. Gefordert wurde darüber hinaus, dass die „Finanzierungsgrundlagen der Hochschulen ... insgesamt verbessert werden [müssten], so dass auch mehr Geld für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften zur Verfügung stehe“<sup>51</sup>. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN warf vor allem die Frage auf, „welche Rolle der Bildungsauftrag und die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften am Anfang eines neuen Jahrtausends im Kontext der Ökonomie einnehmen. Wachstumsraten wie in den 50er bis 80er Jahren würden voraussichtlich nicht mehr erreicht werden. Daher sollten Kultur und Bildung im Zentrum einer Selbstdefinition stehen und könne der Stellenwert der Geistes- und Sozialwissenschaften nicht hoch genug eingeschätzt werden“<sup>52</sup>. Die FDP verwies auf den unschätzbaren Beitrag dieser Wissenschaften „zur Sicherung und Aufbereitung des kulturellen Erbes“ und die Gewährleistung, dass „die Gesellschaft innovationsfähig bleibe“. Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, müssten diese Wissenschaften im „Pakt für Forschung“ und bei den „Exzellenzinitiativen“ berücksichtigt werden<sup>53</sup>. Bislang gibt es lediglich ein Geisteswissenschaftliches Exzellenzzentrum an den Universitäten in Deutschland, nämlich an der Universität Konstanz. Zahlreiche gute Anträge aus den Geisteswissenschaften hatten gegenüber den Natur- und Technikwissenschaften keine Chance auf Erfolg. Ob die Einbindung in interdisziplinäre Profillinien etwas ändern wird, bleibt abzuwarten.

Im Jahr der Geisteswissenschaften haben die Bundestagsparteien ihre Liebe zu diesen entdeckt. Im Januar 2007 legten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU-SPD einen Antrag vor<sup>54</sup>. Am gleichen Tag reichten auch die FDP<sup>55</sup> und DIE LINKE<sup>56</sup> Anträge ein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN präsentierten ihren Antrag erst am 28. Februar 2007<sup>57</sup>. Zuvor hatte der Deutsche Bundestag in seiner Sitzung am 1. Februar 2007 die Frage der Kulturförderung der Hauptstadt<sup>58</sup> erörtert sowie zu den Anträgen zur Stärkung der Geisteswissenschaften debattiert<sup>59</sup>. Die Koalitionsfraktionen hatten in ihrem Antrag darauf hingewiesen, dass „verstärkte Anstrengungen nötig“ seien, „um die weiter steigenden Anforderungen für den Wissenschaftsstandort Deutschland zu bewältigen“. Neben den Natur- und Ingenieurwissenschaften gelte dies gerade auch für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung. Diese arbeite „auf eigenen, für die Gesellschaft wichtigen Gebieten“. Neben den „klassischen Fächern der Sprach- und Literaturwissenschaft sowie der Geschichtswissenschaften“ zählen dazu auch die „akademischen Grundsteine“ Philosophie und Religionswissenschaften. Sie werden entscheidend komplementiert von den „so genannten Orchideen-Fächern, wie etwa der Japanologie oder der Arabistik“<sup>60</sup>. Es wird betont, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften den unmittelbaren „Bezug zur Lebenswirklichkeit der Menschen“ haben. Sie seien „wichtige Instrumente des Erinnerns, Verstehens, Vermittelns und des Gestaltens. Damit besitzen sie eine Relevanz, die sich in nichts von der der Natur- und Ingenieurwissenschaften unterscheidet ... Für alle Wissenschaftsbereiche gilt gleichermaßen, dass die Verwendung öffentlicher Mittel durch Qualität und Exzellenz begründet sein muss – ohne dass eine konkrete ‚Verwertbarkeit‘ erkennbar sein muss“<sup>61</sup>. Angesichts der Verschärfung des Wettbewerbs um öffentliche Mittel dürften die Geisteswissenschaften nicht benachteiligt werden,

denn die Bemessung an „Drittmittelquoten“ wird der Arbeit und Leistung der Geisteswissenschaften nicht gerecht. Es müssten neben „quantitativen auch qualitative Kriterien“ berücksichtigt werden, denn:

„Geistes- und Sozialwissenschaften leisten als Wissenschaften einen spezifischen und zentralen Beitrag zur Förderung von gesellschaftlichen Innovationen und tragen auf ihre Weise wie die Natur- und Technikwissenschaften zur ökonomischen Wertschöpfung bei. Soziale, kulturelle und religiöse Gegebenheiten und Vorstellungen sind mächtige Wirkgrößen der Innen- und Außenpolitik wie der Weltpolitik insgesamt. Parallel zur Globalisierung ist eine wachsende Tendenz zur Regionalisierung zu verzeichnen. Die besondere Bedeutung der Geistes- und Sozialwissenschaften liegt in der Erarbeitung wichtiger Beiträge zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen und Chancen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie liefern eine Fülle an Wissen über geistige, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie über soziale Strukturen und Prozesse. Damit leisten sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für Entscheidungen über aktuelle gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen. Dies gilt insbesondere auch für die Chancen und Herausforderungen der europäischen Integration und des interkulturellen Dialoges, für die die Geistes- und Sozialwissenschaften grundlegende Beiträge leisten können und müssen“<sup>62</sup>.

Der Antrag verweist eindringlich auf die entscheidende Bedeutung der Geisteswissenschaften für die gesamtgesellschaftliche Bildung und Ausbildung und fordert daher, diese besonders zu schützen und vor allem auch finanziell zu fördern, sei es durch eine stärkere Berücksichtigung dieser Fächer in europäischen Forschungsprogrammen und eine stärkere Berücksichtigung bei den Exzellenz-Wettbewerben. Vor allem aber sollten für die Orchideenfächer günstigere Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Im Antrag der FDP besteht ein Grundkonsens zur Vorlage der Regierungsfraktionen, doch werden einige neue und gewichtige Aspekte aufgegriffen. Es wird die Bedeutung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften „vor dem Hintergrund eines wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisses nach *Sinnstiftung* und *tragfähigen Deutungszusammenhängen*“ hervorgehoben<sup>63</sup>. Ihre wissenschaftliche Kompetenz und ihre originären wissenschaftlichen Fragestellungen machen sie zu einem gleichwertigen „Partner der Natur- und Technikwissenschaften“. Zwischen beiden Bereichen besteht ein unauflöslicher „enger Zusammenhang“. Sie „sind der *Ort der Reflexion* und der *Weitergabe des kulturellen Gedächtnisses der Gesellschaft*, die mit ihrer *Übersetzungsfunktion* eine große Bedeutung für die Beantwortung aktueller gesellschaftlicher Fragen haben“<sup>64</sup>. Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sind das „Langzeitgedächtnis unserer Gesellschaft“, leisten einen zentralen Beitrag für die „Aufbereitung des kulturellen Erbes“ der jetzigen und künftiger Generationen. Sie besitzen eine „Übersetzungskompetenz“ für eine Verständigung zwischen den Kulturen. Sie beschäftigen sich mit „Kulturphänomenen unterschiedlichster Ausprägung“ und schaffen zugleich als „*Orientierungswissenschaft* ... die Grundlagen für die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft“<sup>65</sup>. Das Kernproblem der Geisteswissenschaften ist es, dass ihre Forschung fast ausschließlich im Rahmen der Universitäten stattfindet und sie bei der Neuausrichtung der Universitäten in einen Verdrängungswettbewerb geraten. Die „Entwicklung neuer Produktideen und Produkte wird in Deutschland keine wirklichen Innovationen hervorbringen. Innovationen benötigen ein gesellschaftliches Umfeld, welches sie nicht nur fördert, sondern zugleich auch akzeptiert. Sie brauchen nichts weniger als Angst, sondern Neugier. *Innovationen brauchen ein Klima des Aufbruchs und des Glaubens an die Zukunft, das die*

*Grundlagenforschung und die angewandte Forschung als Chance begreift. Forschung braucht Freiheit!*<sup>66</sup>.

Die FDP glaubt, die kleinen Fächer durch „gezielte Unterstützung von Forschungskollegs und Zentren für Regionalstudien“ fördern zu können, fordert, Kolleg-Forschergruppen auf Dauer einzurichten und ein Förderprogramm für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften „Übersetzungsfunktionen der Geisteswissenschaften“ aufzulegen.

Auch der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist auf die Bedeutung der Geisteswissenschaften „für eine zukunftsfähige, nachhaltige Entwicklung und Gestaltung“ und hebt insbesondere ihre Funktion als „Seismograph und kritischer Begleiter gesellschaftlicher Entwicklungen“ hervor<sup>67</sup>. Die Fraktion betonte, dass die Geisteswissenschaften wie die Naturwissenschaften Innovationen generieren „durch Erklärung, Interpretation und Argumentation. Ihre Erkenntnisse sind ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der sozialen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung; ihre Problemlösungsvorschläge helfen bei deren Gestaltung“<sup>68</sup>. Im Unterschied zu den Anträgen der anderen Fraktionen heben die Grünen die Notwendigkeit verstärkter Interdisziplinarität hervor, denn „gerade an den Schnittstellen verschiedener Fächer bestehen oft erhebliche Innovationspotentiale, weil Fragen in den Blick geraten, die sich aus der Perspektive des einzelnen Faches gar nicht stellen“<sup>69</sup>. Für den Erhalt der kleinen Fächer wird im Falle einer „unterkritischen Masse“ eine Clusterbildung, auch in europäischen Regionalverbänden, vorgeschlagen. In den Forderungen an die Bundesregierung werden unter anderem ähnliche Themen aufgegriffen, aber auch spezifische Grünen-Themen wie „Friedens- und Konfliktforschung“, „Migrationsforschung“, „Geschlechterverhältnisse“.

Die Linksfraktion bedauerte, dass den Sozialwissenschaften, anders als den Geisteswissenschaften, von der Bundesregierung kein eigener Stellenwert zugebilligt werde. „Dabei verdeutlicht“, so die Antragssteller, „gerade der komplexe Prozess der europäischen Integration die Bedeutung von sowohl Geistes- als auch Sozialwissenschaften für die Identifikation und Beschreibung von Chancen und Problemen und die darauf aufbauenden Handlungsansätze“<sup>70</sup>. Bemängelt wird auch die Unterfinanzierung der Geistes- und Sozialwissenschaften und die nicht vorhandene Chancengleichheit bei der Mittelverteilung und Mitteleinwerbung. Die Initiative der Regierung „Freiraum für Geisteswissenschaften“ und die damit verbundene Arbeit in internationalen Forschungskollegs und die Befreiung von Lehre und Gremienarbeit sei zwar im Prinzip positiv, gehe aber auf Kosten einer weiteren Verschlechterung der Lehre. Die Verantwortung für die Geisteswissenschaften müsse daher „umfassend“ sein.

In der Bundestagsdebatte über die Geisteswissenschaften am 1. Februar 2007 machte Johann-Henrich Krummacher (CDU) darauf aufmerksam, dass die Geisteswissenschaften „so etwas wie einen *Generalschlüssel*“ darstellen, „um Zugang zu *elementaren Problemlösungen* zu erlangen“<sup>71</sup>. Wichtig sei auch, dass die Geisteswissenschaften ihren Blick auf Europa und auf europäische Zusammenarbeit richteten. In dieser Hinsicht sei während der deutschen Ratspräsidentschaft schon einiges geschehen. Der Antrag der Regierungsfractionen markiere, basierend auf den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, „den forschungspolitischen Weg, *das Denken in Deutschland in seiner geisteswissenschaftlichen Urform stark und wach zu halten* ... Wir sind auf dem allerbesten Weg den Forschungsstandort Deutschland insgesamt zu stärken“<sup>72</sup>.

Patrick Meinhardt plädierte für die FDP in die gleiche Richtung, wenn er meinte:

„Das Jahr der Geisteswissenschaften ... soll auch ein Zei-

chen gegen den Zeitgeist setzen. Der Werbebotschaft ‚Geiz ist geil‘ ... setzen wir in diesem Jahr den Slogan ‚Geist ist geil‘ entgegen. *Geisteswissenschaften einerseits und Natur- und Ingenieurwissenschaften andererseits sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.* In einer Welt, in der mit dem Maß vermeintlich profitschaffender Naturwissenschaften gemessen wird, hören wir oft, dass die Geisteswissenschaften keinen gleichwertigen Beitrag leisten. Genau dieser von Grund auf falschen Ansicht soll dieses Wissenschaftsjahr entgentreten ... Die Geisteswissenschaften waren und sind für jedes funktionierende Gemeinwesen unabdingbar. Von Thales über Pythagoras bis zu Kant interessieren sich auch die Mathematik und die Naturwissenschaften für die Geisteswissenschaften. ‚Natur braucht Geist‘ titelte gestern sehr richtig die ‚Rheinische Post‘ ... Das Zeitalter der Globalisierung verlangt nicht weniger, sondern mehr an Geisteswissenschaften<sup>73</sup>.

Hervorgehoben wird immer wieder, so auch vom SPD-Abgeordneten Swen Schulz, dass eine „reine Nutzorientierung, die Ökonomisierung ... die Wissenschaft nicht beherrschen“ darf<sup>74</sup>. Die LINKE beklagte in der Aussprache die Ökonomisierung, die sich an den Hochschulen verheerend für die Geisteswissenschaften auswirke, und vermisste im Koalitionsantrag Verweise auf die Studienbedingungen. Man müsse sich der „ökonomischen Verwertbarkeit von Lehre und Forschung“ entgegenstellen, denn: „Wir brauchen gerade für die Studentinnen und Studenten der Geistes- und Sozialwissenschaften mehr *Muße und Zeit*; das ist die Mutter der Geistes- und Sozialwissenschaften. Längere Zeit in der Bibliothek sitzen zu können und zu versuchen, mit anderen das zu diskutieren, was man gerade gelesen hat, ist der Kern von Geistes- und Sozialwissenschaften<sup>75</sup>. Wie das in einer deutschen Universitäts- oder Seminarbibliothek funktionieren soll, wäre interessant zu erfahren. Die LINKE sprach sich auch gegen Studiengebühren von

Langzeitstudenten aus, denn gerade die Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften seien die politisch aktiven. Krista Sager, die frühere Hamburger Wissenschaftssenatorin, betonte für die Grünen, dass die Geisteswissenschaften keineswegs defizitär seien. „Der Bedarf an geistes- und sozialwissenschaftlichen Orientierungsleistungen wird noch höher werden. ... Die Geisteswissenschaften haben allen Grund, sich vor dem Hintergrund dieser Feststellungen erhobenen Hauptes nicht nur in der wissenschaftlichen Community, sondern auch in der Gesellschaft zu präsentieren ... Ich glaube, dass in Bezug auf dieses Jahr der Geisteswissenschaften der Prüfstein, ob das nicht nur ein Jahr des schlechten Gewissens wird, tatsächlich ist, ob es gelingt, verbindliche Vereinbarungen mit den Ländern zu treffen und konkrete Anreize für den *Erhalt der so genannten kleinen Fächer* zu schaffen. Daran wird sich vieles messen lassen ... Da erwarte ich in der Tat auch von der Bundesministerin, dass sie dafür sorgt, dass der Ruf nach dem Erhalt der kleinen Fächer nicht einfach im föderalen Nirwana verhallt. Da muss wirklich Butter bei die Fische“<sup>76</sup>!

In der Rhetorik und auf gedrucktem Papier klingt die Einschätzung und Bewertung der Geisteswissenschaften wohl formuliert und sehr verheißungsvoll, doch sind nach dem massiven Stellenabbau und der Streichung der gerade für die Geisteswissenschaften essentiellen Qualifikationsstellen – die durch Juniorprofessuren ersetzten C1-Stellen (Wissenschaftlicher Assistent/in) – wichtige Grundlagen für die Forschung und Lehre entfallen. Der Stellenabbau in den Philosophischen Fakultäten trägt mit dazu bei, dass eigentlich nur große Universitäten mit breit aufgestellten Lehrstühlen Chancen haben, bei Exzellenzinitiativen oder der Bildung von Exzellenzzentren erfolgreich zu sein. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die neuen BA- und Master-Studiengänge das Studium zu stark verschult wird. Für die Orchideenfächer bedeuten zudem die neuen Studi-

engänge, dass sie kaum oder nur im Verbund in der Lage sind, eigene Studiengänge durchzuführen. Dabei geht zwangsläufig der Charakter und das Spezifische der einzelnen Fächer verloren.

### *Stellung, Ansehen, Ertrag im internationalen Vergleich*

Befinden sich die Geisteswissenschaften in Deutschland in der Krise, möglicherweise einer selbst gemachten Krise? Inhaltlich befinden sich die Geisteswissenschaften in keiner Krise, so die einhellige Meinung der Expertenanhörung im Mai 2005<sup>77</sup> und das Votum des Wissenschaftsrates<sup>78</sup>. Bei einem Vergleich der Geisteswissenschaften in Deutschland mit anderen Ländern müssen wir neben kulturellen und mentalen Aspekten höchst unterschiedliche Elemente bei der Analyse berücksichtigen:

1. die *Personal- und Sachausstattung der geisteswissenschaftlichen Fächer*, einschließlich der Sozialwissenschaften und der Kulturwissenschaften an deutschen Universitäten
2. die neue *Besoldungsstruktur* im Hochschulbereich
3. die neuen Studiengänge (BA und Master) und die *Studien- und Prüfungsordnungen* im Rahmen des Bologna-Prozesses, durch die bewährte Abschlüsse ohne Not geopfert werden, nicht nur die Diplomstudiengänge in den Natur- und Ingenieurwissenschaften
4. die *Forschungsleistungen* trotz einer nahezu 30-jährigen „Überlast“ in der Lehre.

### *Personal- und Sachausstattung der geisteswissenschaftlichen Fächer*

Seit Anfang der 1980er Jahre wurden in den geisteswissenschaftlichen Fächern in der alten Bundesrepublik zunächst

drastisch die Sachmittel gekürzt. Die Auswirkungen waren vor allem im Bibliotheksbereich spürbar. Es fand die erste Runde von Kürzungen vor allem im Zeitschriftenbereich statt, denen später regelmäßig weitere folgen sollten. Zahlreiche für die jeweiligen Fächer wichtige Fachzeitschriften mussten abbestellt werden. Dieser Prozess geht bis heute relativ ungebrochen weiter. Die für Lehre und Ausbildung verantwortlichen Fachvertreter werden gezwungen Zeitschriften abzubestellen, die auch bei einem unverhofften Geldsegen für Bibliotheksmittel nicht wieder ergänzt werden können. Fachzeitschriften sind für forschendes Lernen der Studierenden ebenso wichtig wie für die Forschungsintensität der Lehrenden. Eine der Auswirkungen der Zeitschriftenabbestellung kann in der Tatsache gesehen werden, dass in wissenschaftlichen Publikationen in bedenklich hohem Maße keine Aufsätze mehr verarbeitet werden. Gleiches ist, möglicherweise als unmittelbare Auswirkung, bei Seminar- und Abschlussarbeiten von Studierenden festzustellen.

Im Bereich der Lehrbuchsammlungen können, anders als früher, nur noch wenige Exemplare eines für Lehre und Ausbildung wichtigen Buches angeschafft werden. Wenn fünf statt der früher gängigen zehn oder mehr Exemplare aus diesem speziellen, weiter schrumpfenden Etat, gekauft werden können, ist man glücklich.

Forschungsliteratur kann ebenfalls in den meisten geisteswissenschaftlichen Fächern, es sei denn, es konnten bei den Berufungsverhandlungen zusätzliche Mittel eingeworben werden, nicht mehr in dem erforderlichen Umfang gekauft werden. Das stellt die Lehrenden oftmals vor das Problem, die neueste Forschungsliteratur, die sie privat für ihre Arbeit angeschafft haben, den Studierenden für deren Arbeiten zur Verfügung zu stellen – oftmals mit hohen Verlustquoten für den Ausleihenden. Fernleihe, auch wenn sie heute online bearbeitet werden kann, dauert noch immer

seine Zeit, die bei der Lehr- und Forschungstätigkeit und der Ausarbeitung von Referaten und Seminararbeiten berücksichtigt werden muss.

Zwei weitere Probleme treten hinzu. Die Öffnungszeiten deutscher Universitäts- und Seminarbibliotheken sind mehrheitlich aufgrund von Personalproblemen – und es werden fröhlich weiter Stellen abgebaut – lehr- und forschungsfeindlich. Ausnahmen bilden die großen Staats- und Universitätsbibliotheken in größeren Universitätsstädten, die längere Öffnungszeiten haben, teilweise auch am Wochenende. Um die Bibliotheken in vielen Universitäten einigermaßen offen zu halten, gehen Mittel für studentische Hilfskräfte in die Bibliothek statt in die Forschungsunterstützung. Trotz des geringen Buchetats für Neuanschaffungen dauert die Einarbeitung in den Buchbestand oftmals bis zu zwei Jahre, vielfach auch in großen Staats- und Universitätsbibliotheken. Auch dies ist ein Problem der Personalstruktur.

Bei der Reformdiskussion über die deutschen Universitäten werden immer wieder die USA als Modell herangezogen. Aber nicht jede amerikanische Universität ist mit einer deutschen vergleichbar<sup>79</sup>. In den Vereinigten Staaten haben wir derzeit 6679 staatliche und private Universitäten, Colleges und Community Colleges<sup>80</sup>. Zu unterscheiden ist bei Universitäten zudem zwischen „Research Institutions“ und „Teaching Institutions“. Bei den staatlichen Universitäten gelten – mit Ausnahme von Ohio State – die Universitäten mit dem Zusatz „State“ als „Teaching Institutions“. Zahlreiche Universitäten bilden nur bis einschließlich zum Master aus. Zahlreiche Liberal Arts Colleges bieten eine hervorragende Grundausbildung, die aber mit dem entsprechenden Bachelorgrad endet, jedoch vielfach eine gute Eintrittskarte für führende Graduate Schools ist. Neben den Eliteuniversitäten der „Ivy League“ – meistens private Universitäten – gibt es daneben hervorragende Staatsuniversitäten. Vom An-

gebot her sind auch gute regionale Universitäten und Colleges für einen Vergleich heranzuziehen<sup>81</sup>. Die für einen deutschen Wissenschaftler interessanten Universitäten sind vor allem diejenigen, die hervorragende Arbeits- und Forschungsbedingungen bieten. Für die Geisteswissenschaften bedeutet dies, dass die Bibliotheken mit Blick auf aktuelle Zeitschriften, den Bestand an Monographien, Quellen- und Statistikbänden sowie auch eventuell literarische und persönliche Nachlässe gut ausgestattet sein müssen und dass zudem die Arbeitsbedingungen (Arbeitsplätze, Recherchen, Arbeitsräume) in den Bibliotheken selbst hohen Ansprüchen genügen müssen. Attraktiv an den „gerankten“ Universitäten sind neben den Beständen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus verschiedenen Gründen mit älteren Büchern ausgebaut werden konnten, vor allem auch die Öffnungszeiten der Bibliotheken. Sie sind teilweise noch rund um die Uhr geöffnet und in der Regel Präsenz- und Ausleihbibliotheken zugleich. Das ermöglicht gerade in den Geisteswissenschaften, da die entsprechenden Bücher zusammenstehen, Funde und Entdeckungen. Für Forschungs- und Lehrtätigkeit ist es aber auch wichtig, dass nicht am Ort verfügbare Arbeiten schnell über die „Inter-University-Loan“ beschafft werden können.

Bei den zum Vergleich geeigneten Universitäten kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Die einzelnen Fächer sind an den Forschungsuniversitäten breiter aufgestellt als in Deutschland.

Dies liegt auch an der Personalstruktur.

Der Einstieg in die Universitätslehre erfolgt in der Regel nach der abgeschlossenen Doktorarbeit als „Assistant Professor“ auf Zeit oder „tenure track“ (Übernahme in ein Dauerarbeitsverhältnis). In der Regel kommt sechs Jahre nach Vorlage von weiteren wissenschaftlichen Leistungen und einem weiteren Buch die Ernennung zum „Associate Professor“ (entspricht dem deutschen C3/W2). Weitere Stationen sind nach entsprechenden Forschungs- und Lehr-

leistungen die Einweisung in eine Position als „Full Professor“ (entspricht C4/W3). Herausragende Forscher- und Lehrpersönlichkeiten können auch einen „endowed chair“ (benannt nach einem Stifter, einer Stifterin) erhalten. Verbunden sind damit besondere Privilegien und Mittel als Forschungsprofessor.

Die einzelnen Universitäten haben in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern ein breiteres Profil. Hinzu kommt, dass sie auch standortbedingte Spezifika bieten. So bildet an der University of Georgia die Geschichte des Südens einen der Schwerpunkte, während an der Universität von Arizona die Nähe zu Mexiko und die frühere Zugehörigkeit Arizonas zu Mexiko von Bedeutung sind<sup>82</sup>. Das ist für das Studienangebot im Bereich der Undergraduate Studies und der Graduate Studies von Bedeutung. Einige Beispiele aus kleineren und größeren, privaten und staatlichen Universitäten für die Fächer Geschichte und auch für die German Studies mögen dies verdeutlichen. Das Department of History der Indiana University in Bloomington<sup>83</sup> hat 52 Professoren und 25 Professoren Adjunct für 19 unterschiedliche Bereiche der Geschichte von der Alten Geschichte über die Mittelalterliche Geschichte, die Geschichte der Frühen Europäischen Neuzeit und der Europäischen Neuzeit, die Kulturgeschichte, die Geschlechtergeschichte, die Geschichte Asiens und Lateinamerikas, die Osteuropäische Geschichte bis zur Amerikanischen Geschichte. Die moderne Geschichte Europas wird von neun Professoren mit unterschiedlichen Schwerpunkten gelehrt. Das Department of Germanic Studies ist an der Indiana University traditionell gut besetzt und breit aufgefächert in Literatur und Kultur, Linguistik und Komparatistik<sup>84</sup>. Insgesamt hat die Qualität der German Studies an dieser Universität nachgelassen, doch die West European Studies zusammen mit dem European Union Center zählen heute in den USA zur Spitze<sup>85</sup>.

Zahlreiche regionale Universitäten, wie die Universität von Dayton und die Valparaiso University – in Ohio und Indiana gelegen – stehen in den nationalen Rankings für den Mittleren Westen immer unter den Spitzenuniversitäten<sup>86</sup>. Während sich die Valparaiso University in Lutherischer Trägerschaft befindet, ist die University of Dayton eine der großen katholischen Hochschulen. Eine kleine, aber gute Universität ist Wingate University in North Carolina. Sie wird von den Baptisten getragen<sup>87</sup>. Die drei genannten Universitäten sind konfessionell geprägte Privatuniversitäten. Dies bedeutet aber nicht, dass die Studierenden oder die Lehrenden aus dem entsprechenden konfessionellen Umfeld kommen müssen. Sie versuchen in einer sich globalisierenden Welt ihre Absolventen auf einer breiten „liberal arts education“-Grundlage „for careers in an increasingly global, technology-dependent workplace“ vorzubereiten<sup>88</sup>.

Aufgrund der Personalstruktur der meisten amerikanischen Universitäten können eine große Anzahl von Haupt- und Nebenfächern studiert werden. Das vorhandene Lehrpersonal erlaubt eine sehr gute Betreuungsrelation von Studierenden zu Professoren. Hinzu kommt eine für Lehrende und Studierende günstige Bibliothekssituation.

Die wichtigsten britischen Universitäten sind – soweit es die Bibliotheken betrifft – gut und breit für die geisteswissenschaftlichen Fächer ausgestattet und haben benutzerfreundliche Öffnungszeiten. Hinzu kommen in London und in Edinburgh mit der British Library, dem British Museum und der National Library of Scotland noch weitere wichtige Bibliotheken hinzu. Auch die Bibliotheken der University of London sowie der London School of Economics oder die der alten Universitäten in Cambridge und Oxford, die auch literarische Nachlässe und solche von bedeutenden Persönlichkeiten sowie hervorragende historische Kartenbestände besitzen, haben viel Charme. Das in ihnen vorherrschende Arbeitsklima ist für Forschende und

Studierende optimal<sup>89</sup>. Die Personalstruktur in den britischen Universitäten unterscheidet sich von der deutschen. Es gibt vergleichsweise weniger Professoren. Diese genießen anders als in Deutschland keinen Beamtenstatus. Wie in den USA ist der Arbeitgeber die Universität. Für den Einstieg in eine Universitätslaufbahn gibt es den Status eines „Lecturer“ (A, B). Aufstiegsmöglichkeiten bestehen über den „Senior Lecturer“ und den „Reader“ zum Professor. An den Universitäten von Cambridge und Oxford sind die Lehrenden als „Fellow“ auch Mitglied eines der Colleges. Das Studium in Großbritannien ist anders aufgebaut. Der Zugang erfolgt über Bewerbungen und Interviews. Aufgrund der Lehrstruktur dominieren auch an großen Universitäten kleine Seminargruppen, das bedeutet in der Regel eine gute Betreuungsrelation.

Im französischen Fall müssen wir zwischen den Grandes Écoles und den Universitäten unterscheiden. Die Grandes Écoles sind nach wie vor die Eliteschmieden für die Spitzen der Verwaltung, der Wirtschaft und Politik. Anders als in Deutschland ist Förderung von Eliten und die Tatsache, Mitglied einer Elite zu sein, nichts Negatives. Absolventen der Grandes Écoles werden Teil der Führungselite des Landes, daher spielt auch der Rang im jeweiligen Jahrgang für die Aufstiegschancen eine Rolle.

In der Regel sind die Bibliotheken an den größeren Universitätsstandorten in Frankreich, nicht nur in Paris, gut ausgestattet. Hinzu kommt, dass die Lehrmittel in den Vorlesungen und Seminaren sich von den deutschen unterscheiden. Die universitäre Struktur ist nach wie vor sehr hierarchisch. Die Hauptlast der Lehre wird von dem „Maître de conférences“ (MCF) getragen, die im Status etwa dem früheren Akademischen Rat entsprechen. Sie haben das Recht zu forschen, sind aber vor allem für den Einsatz in der Universitätslehre bestellt und eingesetzt, im Gegensatz zu den „Chargé de recherche“ (CR), die nicht lehren müssen und

für die Forschung freigestellt sind<sup>90</sup>. Für die Befähigung zum Professor ist in den geisteswissenschaftlichen Fächern nach wie vor eine abgeschwächte Thèse d'État erforderlich, die der deutschen Habilitation entspricht. In der Vergangenheit hat dies bei einem Austausch von Lehrpersonal zwischen deutschen und französischen Partneruniversitäten immer wieder dazu geführt, dass nicht habilitierte Hochschullehrer für den Austausch nicht zugelassen wurden.

### Die neue Besoldungsstruktur im Hochschulbereich

Seit den frühen 1980er Jahren in den alten Bundesländern und seit Mitte der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern kam beziehungsweise kommt es zu massiven Stel­len­ein­sparungen auf allen Ebenen, von den Ordinariaten über die C 3- und C 2-Stellen, die Qualifikationsstellen C 1 für Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten sowie bei Stellen für Wissenschaftliche Mitarbeiter. Damit wurde der Aufblähvorgang der 1970er Jahre in der alten Bundesrepublik mit einer Professoreninflation in neu gegründeten Universitäten und Gesamthochschulen korrigiert beziehungsweise rückgängig gemacht. Die Stellenstreichungen sind sozial verträglich, da die in den 1970er Jahren Berufenen in den Ruhestand treten und die Stellen nicht wieder besetzt werden. In den neuen Bundesländern wird der aus der Zeit vor 1989 bestehende Stellenüberhang zurückgeführt, zumal in Ländern, die finanziell ohne Bundeshilfe und den Länderausgleich sowie Mittel der Europäischen Union nicht überlebensfähig wären und oftmals nur etwas über 40 Prozent ihres Haushaltes selbst erwirtschaften.

Durch die neue W-Besoldung im Hochschulbereich<sup>91</sup> von W3 (früher C4) über W2 (früher C3) zu W1 (früher C1) tritt vor allem für die Geisteswissenschaften besoldungsrechtlich ein massiver Einbruch ein, der den Beruf des Hochschullehrers neben dem anderer akademischer Berufe in Wirtschaft,

Verwaltung und Schule zunehmend unattraktiver erscheinen lässt<sup>92</sup>. Die gesetzgeberischen Vorstellungen der Regierung Schröder/Fischer zur Professorenbesoldung eignen sich nicht für eine „leistungsorientierte und wettbewerbsfähige Besoldung“ und führen dazu, dass im Professorenstatus „systematisch Mittelmaß“ produziert werde<sup>93</sup>. Die neue Besoldungsstruktur werde „zu einer Verödung beim Angebot der Geisteswissenschaften führen“, denn bei einem Vergleich zwischen einem Informatiker und einem Geisteswissenschaftler werde nicht die „Leistung“, sondern der „Marktwert“ ausschlaggebend sein<sup>94</sup>. Mit dem neuen Besoldungsrecht wird es nicht gelingen, trotz aller Notwendigkeit zur Reform, die deutschen Universitäten „leistungsfähiger, wettbewerbsfähiger und attraktiver zu machen ... Vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen an unser Bildungssystem können wir uns ein Scheitern der Reform schlichtweg nicht leisten“<sup>95</sup>. Gefordert wurde von der Berufsvertretung der Hochschullehrer<sup>96</sup> wie von den Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, CDU/CSU und FDP das indirekte Habilitationsverbot, das durch die Juniorprofessur ersetzt werden soll, aufzuheben. Gerade in den Geisteswissenschaften bleibe die Habilitation nach wie vor das entscheidende Qualifikationsmerkmal für den Professorenberuf. Eine entsprechende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zur Erhaltung der Habilitation sollte dann auch erfolgreich sein. Trotz aller Bedenken wurde aber die neue Besoldungsstruktur im Februar 2002 eingeführt. Sie machte die deutschen Universitäten nicht wettbewerbsfähiger, insbesondere nicht die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften. Die Zahlung internationaler Gehälter bei Berufungen in den Ingenieur- und Naturwissenschaften, die zwangsläufig auch höhere Drittmittelsummen akquirieren können, geht zu Lasten der Fächer der Philosophischen Fakultät. Es war sicherlich kein Zufall, dass durch die W-Besoldung die Personalkosten im Hochschulbereich gesenkt werden können, denn, wie heißt

es im Gesetzentwurf vom 31. August 2001: „Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden grundsätzlich nicht benötigt“<sup>97</sup>. Aufgrund des dynamischen Vergaberahmens für leistungsabhängige und variable Bezüge seien die Pro-Kopf-Ausgaben „grundsätzlich kostenneutral umsetzbar“<sup>98</sup>.

Gegen die Vorstellung, Professoren nach Leistung zu bezahlen, ist prinzipiell nichts einzuwenden, zumal dadurch die Motivation und das Engagement erhöht werden können. In den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften ist es jedoch, anders als in den Ingenieurwissenschaften und den meisten Naturwissenschaften, sehr schwierig, Leistung zu messen. In den universitären Gremien führte dies wiederholt zu Auseinandersetzungen mit den Vertretern der ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer, da die dort verwandten Parameter für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften nicht anwendbar sind, was von den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern aber nicht nachvollzogen werden kann. So gibt es beispielsweise in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften nur wenige wissenschaftliche Zeitschriften, die vor einer Annahme zur Veröffentlichung eines Beitrages vorher einen „Reviewer“ um ein Gutachten bzw. um eine Bewertung mit Verbesserungsvorschlägen bitten. Das gleiche Bild gilt in hohem Maße noch für Monographien<sup>99</sup>. Auch bei der Frage der Anzahl der Zitationen von Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen zur Bewertung von Forschungsleistungen gibt es in den Geisteswissenschaften, sieht man einmal von „Zitiergemeinschaften“ ab, eine andere Wissenschaftskultur. Hinzu kommt, dass in den Geisteswissenschaften die Publikationen vom wissenschaftlichen Aufsatz bis zur Monographie sehr viel umfangreicher sind als in den Naturwissenschaften. Anders als beispielsweise in den USA ist es im deutschen Universitätsbetrieb nicht üblich, bei den Nachweisen über die Forschungstätigkeit

im jeweiligen akademischen Jahr beziehungsweise Kalenderjahr neben den wissenschaftlichen Publikationen alle Vorträge, die auf Konferenzen und an anderen Einrichtungen gehalten wurden, oder auch Tätigkeiten als „Commentator“ oder „Moderator“ einer Konferenzsektion aufzulisten. In der deutschen Universität sind sie für die Ermittlung des Jahresgehaltes aufgrund einer formal einheitlichen Besoldungsstruktur nicht relevant.

Die Gehälter der Lehrenden an den deutschen Universitäten waren seit Mitte der 1980er Jahre bis zur Besoldungsneuordnung 2002/2005 im Vergleich zu denen in den USA, Großbritannien und Frankreich je nach Status gleich beziehungsweise insgesamt höher. Mit der neuen Besoldungsstruktur wurde die nach Dienstalter aufsteigende C-Besoldung durch ein altersunabhängiges festgeschriebenes Grundgehalt abgelöst. Bei einer Jahresvergütung, einschließlich eines halben dreizehnten Gehaltes<sup>100</sup>, kommt ein Professor der Besoldungsstufe W 3 (West) in den Geisteswissenschaften ohne Zulagen auf ein Bruttogehalt von etwa € 60.000,00. Dies stellt eine massive finanzielle Verschlechterung im Vergleich zur früheren C 4-Besoldung dar. Qualifizierte Berufsanfänger in der Wirtschaft liegen in der Mehrzahl meist knapp darunter, im Einzelfall aber auch schon deutlich über diesen Jahresgehältern. Hochschullehrer in den entsprechenden Positionen und Fächern an amerikanischen, britischen und französischen Universitäten erreichen ein höheres Einkommen. Damit haben die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächer an deutschen Universitäten, insbesondere den kleineren Universitäten, einen Wettbewerbsnachteil bei der Gewinnung ausländischer Kollegen. Vielfach sind Professorenstellen auch für Mitarbeiter auf beamteten Mittelbaustellen oder Angestelltenpositionen uninteressant, da sie besser bezahlt werden als ihre Chefs, aber nicht die gleiche Verantwortung zu tragen haben<sup>101</sup>.

In den USA sind die Jahresgehälter – es werden in der Re-

gel, sofern es sich um keine Funktionsträger wie die Institutsdirektorinnen und -direktoren handelt – nur für neun Monate bezahlt. Die Höhe des jährlichen Salärs ist je nach Status, Fach und Universität unterschiedlich<sup>102</sup>. Trotz der in der Regel besseren Finanzausstattung von für einen Vergleich interessanten amerikanischen Universitäten wird gerade in den Geisteswissenschaften immer häufiger versucht, frei gewordene Lehrstühle nicht mit einem wissenschaftlich ausgewiesenen, erfahrenen Forscher zu besetzen, sondern mit Jahresvertretungen oder Assistant Professoren. Die „Humanities“ sind im amerikanischen Universitätsbetrieb zwar wichtig, doch stehen sie bei Berufungen im Vergleich zu Kollegen aus den Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Medizin finanziell sehr viel schlechter da. Erstere zählen zu den Spitzenverdienern. Arbeitgeber des Lehrpersonals sind die einzelnen Universitäten, mit denen die Besoldung ausgehandelt werden muss. Um zu verhindern, dass Spitzenforscher in die Industrie und Wirtschaft abwandern, werden marktangepasste Gehälter bezahlt. Mit dem Übergang zu Globalhaushalten an deutschen Universitäten droht den Geisteswissenschaften auch hier die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft der Professoren.

Wie in den USA so sind auch in Großbritannien die Universitäten die Arbeitgeber für ihr Lehrpersonal. Wer den Status eines Universitätsprofessors erreicht hat, ist in der Regel unkündbar. Die Gehälter werden mittels Tarifvereinbarungen festgelegt, die zwischen der Interessenvertretung der Hochschullehrer und den Hochschulen ausgehandelt werden. Das Tarifsystem für die einzelnen Hochschullehrergruppen kennt unterschiedliche Gehaltsstufen und Gehaltsklassen. Höhere Gehälter regeln Dienstalterstufen oder inneruniversitäre Evaluationsverfahren<sup>103</sup>.

Die Besoldung an französischen Universitäten ist durch das Erziehungsministerium vorgegeben<sup>104</sup>. Ein Maître de

Conférence (MCF) verdient in der Endstufe etwas weniger als ein W3 –, aber mehr als ein W2-Professor<sup>105</sup>.

### Die neuen Studiengänge Bakkalaureus und Master

Trotz großer Bedenken und Widerstände aus den Universitäten wurden, quasi im vorausseilenden Gehorsam, die deutschen Universitäten gezwungen, ihre Studien- und Prüfungsordnungen und damit ihr gesamtes Studiensystem umzukrempeln, um im „Bologna-Prozess“ bis 2010 fit für Europa zu sein. Aus den Ministerien kamen und kommen immer wieder neue Vorgaben, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt an einigen Philosophischen Fakultäten vier gültige modularisierte Studien- und Prüfungsordnungen für den Bakkalaureus (BA) bestehen, derzeit mit BA-These ohne Klausur, mit BA-These mit Verteidigung, mit BA-These und mündlicher Prüfung<sup>106</sup>. Einige Fakultäten haben eine BA-Rahmenstudienordnung und eine fachspezifische erarbeitet<sup>107</sup>. Andere haben bislang – beispielsweise für das Fach Geschichte – noch keine BA-Studiengänge und wirken in anderen nur als Nebenfach mit<sup>108</sup>.

Was soll in einem modularisierten, fachspezifischen BA-Studiengang mit Zusatzqualifikationen in „Vermittlungskompetenz“, „Diskurs- und Teamfähigkeit“ und der „Präsentation komplexer Inhalte“ unter Einbeziehung audio-visueller Medien erreicht werden? Im derzeit gültigen Hamburger Studiengang „Deutsche Sprache und Literatur“ wird von den Studierenden folgendes verlangt: „Das Studium des Faches *Deutsche Sprache und Literatur* soll zu einer theorie- und methodengeleiteten kritisch-reflektierten Analyse der deutschen Sprache und Literatur in ihrer unterschiedlichen medialen Verfasstheit und im Kontext der europäischen Sprachen und Literaturen befähigen. Zugleich sollen kommunikative, kulturelle und mediale

Kompetenzen als Schlüsselqualifikationen für verschiedene Berufsfelder ausgebildet werden“<sup>109</sup>.

In einer anderen Studienordnung werden die Ziele des Germanistikstudiums wie folgt dargestellt: „Die Studierenden eignen sich wissenschaftliche Erkenntnisse und Arbeitsmethoden in den Bereichen deutsche Sprache und deutsche Literatur an. Sprache und Literatur sollen begreifbar gemacht werden in ihren historischen, kulturellen, sozialen und regionalen Zusammenhängen, Entwicklungen und Differenzierungen. Außerdem wird der Blick auf die Bedingungen moderner Kommunikation und Medienkultur gelegt“<sup>110</sup>.

Für die Hamburger Geschichtswissenschaften wird als „Studiengangprofil“ formuliert:

„Das Geschichtsstudium dient dazu, Kenntnisse über den Geschichtsverlauf in verschiedenen Epochen und Kulturen und über den Stellenwert historischen Denkens in der heutigen Gesellschaft sowie fundierte Fertigkeiten im methodisch und theoretisch bestimmten Umgang mit den einschlägigen Materialien (Quellen und Darstellungen) zu vermitteln“<sup>111</sup>.

Für das Hauptstudium Geschichte werden dann 15 Ziele neben der „Befähigung zur Aufnahme des Studiums des M.A. Geschichte“ aufgelistet. Es würde zu weit führen, sie hier alle vorzustellen. Drei Beispiele mögen genügen<sup>112</sup>: 1. „Einblick in Fragestellungen, Probleme und Lösungsverfahren (Methodik) der Geschichtswissenschaft in ihren drei wichtigsten Epochen ... und in mehreren Weltregionen“; 2. „Vermittlung eines Überblicks über die Geschichte wichtiger Epochen, Kulturen, Sachverhalte“; „Einblick in Grundbedingungen historischen Wandels sowie in epochen- und kulturspezifische Besonderheiten und Charakteristika (im Vergleich) ... Einblick in die allgemeinen zeitspezifischen Bedingungen, den Wandel und den derzeitigen Stand der Geschichtswissenschaft und Reflexion der eigenen Arbeitsweise“.

In einer Studienordnung zur Neueren Geschichte Europas werden die Studienziele kompakter, aber nicht weniger anspruchsvoll dargestellt:

„Historisches Denken ist für menschliches Denken konstitutiv. Es ermöglicht den Aufbau und die Weitergabe von Geschichtsbewusstsein, sorgt für das Verständnis der historisch gewordenen Gegenwart und qualifiziert für die Gestaltung der Zukunft. Geschichte als Wissenschaft unterwirft das historische Denken methodischen Regeln und gewährleistet dadurch die Objektivität ihrer Konstrukte. Sie dient der Erkenntnis der Vergangenheit, der Erarbeitung historischer Tatsachen aus den Quellen und ihrer Verknüpfung, der Analyse von Zusammenhängen und Ereignisketten, der narrativen Darstellung von Forschungsergebnissen. Bedingt durch die unendliche Mannigfaltigkeit der Geschichte ist historische Erkenntnis nur in Ausschnitten erreichbar ... Geschichtsbetrachtung ist notwendig standortgebunden und bewirkt die Perspektivität historischer Erkenntnis. Multiperspektivität und Pluralität sind mithin notwendige Formen der Geschichtsdarstellung. Konkurrierende Sichtweisen und Deutungen müssen sich kritischer – kontroverser wie konsensfähiger – Diskussion stellen, um die Beliebigkeit von Bildern über die Vergangenheit in intersubjektiv überprüfbare Forschungsergebnisse zu verwandeln. Geschichte als Wissenschaft ist eine bewußtseinsbildende Disziplin. Ihre Wirkung entfaltet sie vornehmlich, indem sie mit den Resultaten ihrer Arbeit in eine breite Öffentlichkeit hineinwirkt und maßgeblich die Geschichtskultur der Gesellschaft prägt. Die Sachkompetenz wird durch die Vermittlungskompetenz vervollkommenet“<sup>113</sup>.

Anders als in den meisten BA-/MA-Studienordnungen wird hier die öffentliche Aufgabe der Geisteswissenschaften, hier der Europäischen Geschichte, für die Gesellschaft formuliert und was breites historisches Wissen über engere

Berufsfelder hinaus für die Zukunft einer Gesellschaft bedeutet. Denn Historiker zeichnen sich „durch geistige Flexibilität ebenso aus wie durch die Fähigkeit zu Analyse und rationaler Lösung komplexer Probleme“<sup>114</sup>. Hier findet sich in den Studienzielen wieder, was in der Diskussion über die Rolle der Geisteswissenschaften in der Gesellschaft in diesem Jahr immer wieder gefordert wird: Sie müssen ihre Kompetenz und ihre Bedeutung für das historische Gedächtnis einer Gesellschaft, für die Identitätsbildung und für die geistige Orientierung in die Zukunft selbstbewusst und, wie es Wolfgang Frühwald in der Expertenanhörung des Deutschen Bundestags 2005 formulierte<sup>115</sup>, offensiv vertreten.

Die Vorgabe von sechs Semestern und die Inhalte der Module können in den meisten geisteswissenschaftlichen Fächern nach dem derzeitigen Stand nicht als berufsqualifizierende Abschlüsse angesehen werden. Die aus den Studienordnungen exemplarisch zitierten Studienziele sind im vorgegebenen Zeitrahmen praktisch nicht erreichbar. Hierbei spielt sicherlich mit eine Rolle, dass die meisten geisteswissenschaftlichen Fächer nicht bereit sind, ihre Standards aufzugeben und sie daher in den Studienordnungen die Elemente einbringen, die sie als unerlässlich für ein sinnvolles Fachstudium erachten. Viele Studierende müssen neben der fachspezifischen Ausbildung gerade in den Geisteswissenschaften in sechs Semestern auch noch die erforderliche zusätzliche Sprachkompetenz erwerben, die sie aus der Schule nicht mitbringen. Beispielsweise wird in den Geschichtswissenschaften neben der zweiten und möglichst dritten modernen Fremdsprache auch noch Latein erwartet. Bei Spezialstudienangeboten wie dem interdisziplinären Masterstudiengang Osteuropastudien an den Universitäten München und Regensburg kommen in der Regel weitere Sprachen hinzu. Gleiches gilt für Orchideenfächer wie Orientalistik, Sinologie, Japanologie, Slawistik

oder Nordistik, um nur einige zu nennen. Für die Naturwissenschaften, die Ingenieurwissenschaften, die Rechtswissenschaften, die Medizin und die Wirtschaftswissenschaften wird der für den Bakkalaureus vorgesehene zeitliche Studienrahmen ebenfalls als nicht ausreichend angesehen. Er entspricht nicht dem früheren Diplomingenieur, Diplomchemiker, Diplomvolkswirt oder dem Ersten Juristischen Staatsexamen. Die Modularisierung und Ausdifferenzierung der Studiengänge in den Geisteswissenschaften müssen zwangsläufig dazu führen, dass einige Studiengänge, insbesondere in den so genannten kleinen Fächern, nicht mehr im Sinne einer soliden und berufsqualifizierenden Ausbildung der Studierenden angeboten werden können. Kürzungen bei Sach- und Personalmitteln und wachsende Studierendenzahlen in den Geisteswissenschaften verbunden mit der verstärkten – den Geisteswissenschaften im Gegensatz zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften fremden – Verschulung des Studiums führen zu einer verstärkten Prüfungsbelastung, vor allem in der vorlesungsfreien Zeit und damit zwangsläufig zu einer Reduzierung der Zeit für eigene Forschungen. Die Humboldtsche Idee von der Einheit von Forschung und Lehre wird gefährdet. In einigen geistes- und sozialwissenschaftlichen Massenfächern wächst die Betreuungsrelation auf 200–250:1 von Studierenden im Hauptfach pro Lehrenden. Mit jeder eingesparten Stelle verschlechtert sich dieser Faktor weiter. Bei 1.200 BA-Studierenden im Hauptfach und fünf Professuren kommen statistisch 240 Studierende auf jeden Professor. Hinzu zu zählen sind die Studierenden im Masterstudiengang, die Doktoranden und Habilitanden<sup>116</sup>. Studierten im Jahre 1990 noch 19 Prozent ein geisteswissenschaftliches Fach, so waren es 2003 bereits 26 Prozent. Die Zahlen steigen weiter an<sup>117</sup>. Vielfach sind die Philosophischen Fakultäten heute diejenigen mit den höchsten Studierendenzahlen, der geringsten Finanzmasse

und einer unzureichenden Stellenstruktur. Dies führt an manchen Fakultäten dazu, dass sich Studierende in einem Semester zur Prüfung anmelden, aber keineswegs sicher sein können, ob sie in dem gewünschten Semester auch tatsächlich geprüft werden.

Während es bislang an deutschen Universitäten ein Merkmal der Freiheit von Lehre und Forschung war, die entsprechenden Lehrveranstaltungen im Rahmen der jeweiligen *Venia legendi*, Denomination oder Tätigkeitsbeschreibung anzukündigen und abzuhalten, müssen künftig die Lehrangebote stärker auf die in den Studienordnungen vorgegebenen Module Rücksicht nehmen. Dies kann bedeuten, dass aufgrund der Modularisierung eigene Forschungsinteressen oder Forschungsschwerpunkte in der Lehre nicht mehr relevant sind. Dadurch wird der Verschulung des Studiums noch stärker Vorschub geleistet. Das Humboldtsche Ideal der Einheit von Forschung und Lehre geht verloren. Sicherlich besteht ein Problem in den geisteswissenschaftlichen Fächern darin, dass die Studienanfänger vielfach nicht mehr die fachlichen und sprachlichen Voraussetzungen für das Studium mitbringen und somit das Abitur nicht mehr automatisch und in vollem Maße die Hochschulreife für die Studierenden erfüllen kann. Die Gründe hierfür liegen im schulischen Erziehungssystem insgesamt. Betroffen sind aber sicherlich auch die Universitäten selbst, die für die Lehrerausbildung auf allen Ebenen zuständig zeichnen. Ähnlich wie im amerikanischen System muss daher fachliches Grundwissen in den ersten Semestern vermittelt werden, begleitet von Vorlesungs- beziehungsweise seminarbegleitender Pflichtlektüre (Textbooks). Was im amerikanischen, britischen und französischen Ausbildungssystem gang und gäbe ist, nämlich semesterbegleitende Prüfungen und Abschlussprüfungen am Ende des jeweiligen Semesters beziehungsweise Studienjahres – was sicherlich zur Verschulung und oft-

mals unreflektierten Wiedergabe des Lernstoffes beiträgt –, lässt sich in Deutschland bedingt durch die Personalstruktur, aber auch wegen der oft aus grundsätzlichen Überlegungen seitens der Studierenden abgelehnten Semesterlektüre nicht verwirklichen. Es wäre an einer deutschen Universität derzeit undenkbar, wie das beispielsweise die Universität Dayton seit 2004 praktiziert, für alle Studierenden des ersten Jahres ein „First-Year Reading Program“ aufzulegen und über das entsprechende Buch einen Essay zu schreiben. 2004 bestand beispielsweise die Pflichtlektüre in Eric Schlossers *Fast Food Nation: The Dark Side of the All-American-Meal*. Für 2007 ist von den Erstjahrstudenten David Bornsteins *The Price of a Dream: The Story of the Grameen Bank* zu lesen<sup>118</sup>.

Anders als die neuen deutschen BA-Studiengänge streben die amerikanischen keine Berufsqualifizierung an, sondern vielmehr eine „General Education“, die von grundlegender Bedeutung für die Persönlichkeitsbildung ist. So formuliert die „General Education Policy“ der Universität Dayton: „The General Education component of the undergraduate curriculum is an investment in the personal development of students. Its purpose is to make students aware of the diversity of intellectual thought and theory represented by the sciences, the humanities, and the social sciences ... In addition, the General Education component offers students an opportunity to integrate and evaluate information from various disciplines and thus enhance the study of a specific profession, field or major. The value of General Education depends on what is taught, how it is taught, and with what spirit“<sup>119</sup>.

Dies Beispiel mag verdeutlichen, dass es in den amerikanischen Universitäten auf dem Weg zum Bachelor of Arts für die Studierenden darauf ankommt „to develop and formulate their own conception of what it means to be human“<sup>120</sup>, während die erörterten deutschen Studien-

ordnungen über die Zielsetzungen des Studiums hiervon doch sehr weit abweichen. Die Umstellung der Studienstruktur auf konsekutive Studiengänge verändert die Geisteswissenschaften, so Walter Erhart, stärker als Streichungen, Studentenberge und die Beteiligung an der Exzellenzförderung. Dieses wird „zu einer radikalen Zerteilung vor allem der geisteswissenschaftlichen Lehre und Forschung“ führen<sup>121</sup>. Es ist sicher richtig, dass der BA-Studiengang für die Massenuniversitäten der Regelfall wird. Er wird zwischen Abitur und einem forschungsorientierten Masterstudium stehen. Aus der Sicht Erharts, der viele Jahre an einer amerikanischen Universität gelehrt hat, schließe der BA-Studiengang bildungspolitisch diese Lücke. Handlungsbedarf sieht er in einer strukturell anders zu gliedernden Hochschullandschaft. Er schlägt ein Stufenmodell wie in den USA vor mit Volluniversitäten, die alle Programme vom BA bis zum PhD anbieten, aber auch Colleges, die allein BA-Studiengänge offerieren<sup>122</sup>. So schön das sein mag, in Deutschland fehlen hierfür die Rahmenbedingungen, nicht allein aufgrund der föderativen Strukturen.

Anlässlich des Jubiläums der Pariser Sorbonne 1998 trafen sich die Bildungsminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens, um Wege und Möglichkeiten auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu diskutieren und voranzubringen. Ziel dieser Erörterungen war es, rechtliche Grundlagen für die Anerkennung von Studienleistungen in Europa zu schaffen. Mit der Sorbonne-Erklärung von 1998 wurde erstmals das Ziel formuliert, „die Hochschulsysteme in Europa zu harmonisieren“<sup>123</sup>. Dies führte ein Jahr später zur Bologna-Erklärung, die als Ergebnis des Prozesses einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum vorsah. Festgelegt waren zudem Eckpunkte, um diese Ziele umzusetzen. Während die deutsche Bundesregierung und die deutschen Länder diesen Prozess unnötigerweise beschleunigten, gilt

das für die anderen Unterzeichnerstaaten der Erklärung von Bologna nicht gleichermaßen. Großbritannien lehnt die bislang vorliegenden Modelle ab, da es seine Eigenständigkeit und Eigenart bei der BA- und Masterausbildung in den Grundstrukturen erhalten wissen möchte, beispielsweise in der Frage der Studiendauer für die Erlangung eines Mastergrades.

Anders als in Deutschland ist die Reformdebatte für die Einführung der BA- und Masterstudiengänge in Frankreich<sup>124</sup> von einer stärkeren „Hierarchisierung des Hochschulsystems“ geprägt<sup>125</sup>. Versucht wird durch die Reform auch die Eliteuniversitäten auf Kosten der kleineren Universitäten zu stärken. Während die großen, im Ausland anerkannten französischen, unter ihnen auch die Pariser Universitäten, sich bei der Umsetzung der Reformvorgaben Zeit lassen, sind die kleineren, eher aus Existenzängsten, schneller dazu bereit. Hierbei spielt eine Rolle, dass aufgrund der zentralstaatlichen Struktur, die Berechtigung, Diplome auszustellen, jährlich durch das Erziehungsministerium geprüft wird und der ministerielle Druck daher stark ist. Bei kleineren Universitäten besteht, trotz des größeren Ansehens der Geschichtswissenschaft und der Geisteswissenschaften in Frankreich, die Gefahr der massiven Stellenkürzungen und damit einer Atomisierung des Faches. Die „Réforme LMD“ (licence-Master-Doctorat) ist noch im Fluss und trotz ministerieller Vorgaben keineswegs abgeschlossen. Gegenüber den Leitvorstellungen der Reform herrscht große Skepsis. Europäische Kompatibilität bedeutet den Verlust des jährlichen Rhythmus von studentischen Abschlüssen. Die Mobilität ist nur eine Sache der Elite, die Schwerpunktbildung fördert eine Zweiklassenuniversität und die geforderte Profilbildung, so die Skeptiker, könne auch zur Atomisierung führen<sup>126</sup>. Die Diskussion des Reformprozesses in Deutschland und Frankreich ist in mancher Hinsicht fast wie ein

Spiegel, teilweise aber wegen der anderen Rahmenbedingungen auch ganz unterschiedlich. Anders als in Frankreich werden sich die deutschen Hochschullehrer durch die höhere Verschulung der Studiengänge sehr viel stärker umstellen und neu orientieren müssen. Das deutsche Universitätssystem hat seit Ende der 1960er Jahre bei „gleichzeitiger realer Massenbildung“ die „Wissenschaftsorientierung“ beibehalten. Dies wird sich in einer verschulten Massenuniversität nicht mehr bewahren lassen.

Wie steht es nun um die Forschungsleistung der Geisteswissenschaften angesichts der jahrzehntelangen Überlastquote in der Lehre, der Erhöhung der Lehrdeputate und des kontinuierlichen Stellenabbaus?

Die Forschungsleistung der Geisteswissenschaften im internationalen Vergleich

Die Forschungsleistungen der deutschen Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sind trotz neuer Strukturen im Lehrbereich, trotz massiver Stellenkürzungen und sinkender finanzieller Ressourcen nach wie vor international hoch angesehen. Dies wird den Geisteswissenschaften nicht allein durch den Wissenschaftsrat zugebilligt. Einer der Gründe für ihre noch gute internationale Stellung, was auch für die Geschichtswissenschaften gilt, ist darin zu suchen, dass durch eine noch immer bestehende solide wissenschaftliche Ausbildung in Methoden, Theorie und fachlicher Umsetzung, ergänzt durch die im Vergleich zu anderen Ländern hohe Sprachkompetenz, die Forschung wichtige Ergebnisse erarbeitet. Aufgrund fehlender Mittel für Stipendien und Stellen wandern leider viele hoffungsvolle jüngere Wissenschaftler – oftmals bereits für einen zusätzlichen britischen oder amerikanischen Master- oder MPhil-Abschluss – ab, promovieren mit guten Stipendien

in Großbritannien oder den USA. Sie kehren aufgrund der Stellensituation in den geisteswissenschaftlichen Fächern in der Regel nicht wieder nach Deutschland zurück. Mit der neuen Besoldungsstruktur wird eine Rückberufung an eine deutsche Universität noch wesentlich uninteressanter.

Die internationale Stellung der Geisteswissenschaften profitiert von ihren Konferenz- und Forschungsnetzwerken, aber auch durch deutsche Institutionen im Ausland. So leisten die deutschen geisteswissenschaftlichen Institute im Ausland<sup>127</sup>, beispielsweise die Deutschen Historischen Institute (DHI) in Paris<sup>128</sup>, in Rom<sup>129</sup>, in London<sup>130</sup>, in Washington<sup>131</sup> und seit einigen Jahren auch in Warschau, Moskau und Tokio eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den Fachgelehrten in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, den USA, Polen und Japan. Für die Wahrnehmung im Gastland sind unter anderem auch ihre Vortragsveranstaltungen, Tagungen und Publikationen bedeutsam. So hat sich die Zeitschrift *Francia*, die seit 1973 vom DHI in Paris herausgegeben wird, neben den Publikationen in der Institutsreihe international einen Namen gemacht. Die Beiträge erscheinen in der jeweiligen Muttersprache des Beiträgers, auch die Buchbesprechungen. Einige der Mitarbeiter des Instituts lehren daneben an französischen Universitäten. Das Institut betreut ferner deutsche Wissenschaftler, die Archive und Bibliotheken in Paris besuchen, es vergibt Praktikumsplätze für Studierende und lobt Promotionsstipendien aus. Neben den vielfältigen Forschungskontakten, die in den Geisteswissenschaften mit Frankreich über die Dozenten- und Studentenmobilität bestehen, kommen zusätzlich seit einigen Jahren gemeinsame Studienabschlüsse zwischen deutschen und französischen Universitäten, vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften hinzu. Sie bieten den Absolventen zugleich einen deutschen und französischen Abschluss.

Daneben gibt es deutsch-französische Gesellschaften, in denen sich Germanisten, Historiker und Romanisten organisiert haben. Bei diesen Kontakten tritt immer häufiger die Situation ein, dass wissenschaftliche Gespräche und Diskurse jeweils in der eigenen Sprache geführt werden. Das setzt aber eine aktive „Zweisprachig- oder Mehrsprachigkeit“ voraus.

Eine ähnliche Funktion wie das DHI in Paris nimmt das Deutsche Historische Institut in London für Großbritannien ein. Es gibt eine wichtige Buchreihe heraus, hält regelmäßig Vortragsveranstaltungen mit deutschen und britischen Wissenschaftlern ab, organisiert auch Tagungen, vergibt Stipendien für Doktoranden und betreut in London arbeitende Wissenschaftler. Wichtig für die Deutschlandstudien in Großbritannien ist das German and European Centre an der Universität Birmingham, das mit seinen Mitgliedern wichtige Impulse und Beiträge leistet und eine eigene Zeitschrift herausgibt. Auch hier gibt es intensive Kontakte und Netzwerke in der Germanistik, aber auch in der Politikwissenschaft zwischen Deutschland und Großbritannien.

Die Forschungskontakte zwischen Deutschland und den USA sind traditionell in den Geistes- und Sozialwissenschaften stark entwickelt. Hierzu trugen anfänglich die deutschen Emigranten bei. Seit den 1950er Jahren kommen diejenigen deutschen Wissenschaftler hinzu, die ihre universitären Abschlüsse in den USA machten beziehungsweise ihre Zukunft an einer amerikanischen Universität suchten. Die German Studies, das heißt die Studien zum deutschsprachigen Europa, erhielten dadurch eine große Bedeutung an den wichtigen größeren und kleineren Universitäten, beispielsweise an der Indiana University. Eine der größten wissenschaftlichen Gesellschaften in den USA ist heute die German Studies Association (GSA), die in den 1970er Jahren in den westlichen Staaten der USA ge-

gründet wurde. Sie ist heute für deutsche Wissenschaftler wegen der Interdisziplinarität ihrer Jahrestagungen ein wichtiges Forum, das Germanisten, Komparatisten, Musikwissenschaftler, Historiker, Kunsthistoriker und Politikwissenschaftler zusammenführt. Trotz des Rückgangs der German Studies und auch der Frankreich-Studien zu Gunsten der Lateinamerika-Studien spielen die über Jahrzehnte aufgebauten Wissenschaftskontakte weiterhin eine zentrale Rolle. Für die transatlantische Wissenschaftskommunikation ist das Deutsche Historische Institut in Washington DC bedeutsam, das auch eng mit dem American Institute for Contemporary German Studies zusammenarbeitet. Für das Washingtoner Institut gilt im Wesentlichen dasselbe wie für die anderen DHIs. Ein wichtiges Engagement ist aber die Organisation von transatlantischen Doktorandenseminaren zu bestimmten Themenschwerpunkten, die sich als sehr produktiv erwiesen haben.

Die geschilderten Beispiele unterstreichen, warum die Geisteswissenschaften, insbesondere die Geschichtswissenschaft und die Germanistik, in den zum Vergleich herangezogenen Ländern eine angesehene und anerkannte Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund und den geschilderten Entwicklungen ist die internationale Stellung der Geisteswissenschaften in Deutschland noch höher einzuschätzen.

Wenn sie diesen Standard halten wollen, kommt es gerade mit Blick auf die Ausbildung des Forschungsnachwuchses darauf an, die Stellensituation an den Universitäten zu verbessern. Die Sach- und Forschungsmittel müssen erhöht werden. Es ist zu hoffen, dass die in diesem Jahr viel beschworene wichtige und gesamtgesellschaftlich zentrale Stellung der Geisteswissenschaften im Jahr 2008 nicht wieder in Vergessenheit gerät und nur das schlechte Gewissen, wie es eine Abgeordnete des Deutschen Bundestages

formulierte, die Lobeshymnen für die Geisteswissenschaften produzierte. Sollen die Geisteswissenschaften die ihnen zugeordnete Funktion und Aufgabe im Sinne der Gesellschaft erfüllen, dann bedarf es ihrer massiven finanziellen Unterstützung. Wissenschaftlich stecken die Geisteswissenschaften keineswegs in der Krise, wohl aber mit Blick auf die Forschungsfinanzierung. Das hohe Lob für die Geisteswissenschaften in diesem Jahr scheint von daher berechtigt. Bei Exzellenzinitiativen haben sie es jedoch trotz ihres hohen internationalen Ansehens schwer, da geisteswissenschaftliche Forschung vor allem auch Individualforschung ist und diese sich nur schwer in Cluster von 20 und mehr Professoren einbinden lässt.

### *Anmerkungen*

<sup>1</sup> R. Herzog, Warum Europa, wie Europa, für wen Europa? Ansprache vor dem Europäischen Parlament am 10. Oktober 1995, gedruckt in: Ders., Vision Europa. Antworten auf globale Herausforderungen (Hamburg 1996) 57–72, 70.

<sup>2</sup> R. Herzog, „Sprengt die Fesseln! Wir brauchen eine Debatte über die Zukunft unseres Bildungssystems“, in: Bildung und Elite: Wissen ist die wichtigste Ressource. DIE ZEIT dokumentiert die Rede von Bundespräsident Herzog auf dem Berliner Bildungsforum, abgedruckt in: DIE ZEIT Nr. 46 vom 7. November 1997, 49.

<sup>3</sup> Ebd. 50.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu u. a. E. Arens/J. Mittelstraß/H. Peukert/M. Ries, Geistesgegenwärtig. Zur Zukunft universitärer Bildung (Luzern 2003) sowie die Forderung zur Erneuerung der kultur- und bildungspolitischen Ideale und zu einem Umsteuern von einer mittelalterlichen Ausbildungsorientierung zu einer humboldtschen Bildungsorientierung bei dem im linken wie im konservativen Spektrum nicht unumstrittenen J. Nida-Rümelin, Humanismus als Leitkultur (München 2006).

<sup>5</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Annette Schavan, Eröffnung des Wissenschaftsjahres „Jahr der Geisteswissenschaften – Das ABC der Menschheit“ am 25. Januar 2007, Berlin, 1; Vgl. u. a. auch BMBF (Hg.), Gestalten – Vermitteln – Erin-

nern. Wissenschaftsjahr 2007: Geisteswissenschaften – ABC der Menschheit. Das Jahr im Überblick (Berlin 2007); Vgl. auch <http://www.bmbf.de> sowie <http://www.abc-der-menschheit.de> (besucht 15. Juni 2007).

<sup>6</sup> Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die gesellschafts- und erziehungswissenschaftlichen Anteile des Studiums (EGA), wie sie an den Bundeswehruniversitäten in München und Hamburg seit 1973 verpflichtend wurden.

<sup>7</sup> R. Herzog (Anm. 2) 50.

<sup>8</sup> Wissenschaftsrat (Hg.), Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland. Teil 1: Stellungnahme, Drs. 7068–06 vom 27. Januar 2006, 5; auch <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7068-06.pdf> (besucht 15. Mai 2007).

<sup>9</sup> Ebd. 16.

<sup>10</sup> Ebd. 17.

<sup>11</sup> Vgl. z. B. I. Borowy, *Coming to Terms with World Health. The League of Nations Health Organisation 1920–1946*. 2 Bde. Habilitationsschrift (Rostock 2007).

<sup>12</sup> Vgl. hierzu u. a. R. vom Bruch/A. Nitschke/G. A. Ritter/D. Peuckert, *Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne (1880–1930)* (Reinbek 1990).

<sup>13</sup> Wissenschaftsjahr 2007 – Die Geisteswissenschaften ABC der Menschheit. „Das Motto beschreibt zugleich das Thema des Wissenschaftsjahres: die Sprache“, ([http://www.abc-der-menschheit.de/coremedia/generator/wj/de/03\\_Geisteswissenschaften](http://www.abc-der-menschheit.de/coremedia/generator/wj/de/03_Geisteswissenschaften) (besucht 15. Juni 2007)).

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu u. a. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/5835 vom 03. April 2001, „Verbreitung, Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache“, Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, <http://dip.bundestag.de/btd/14/058/1405835.pdf> sowie <http://www.vds-ev.de/literatur/parteien/cdu-anfrage.pdf> (besucht 1. August 2007); sehr aktiv für den Erhalt des Deutschen als „eigenständige Kultur- und Wissenschaftssprache“ setzt sich der Verein Deutsche Sprache e.V. ein, vgl. hierzu <http://www.vds-ev.de> sowie <http://www.vds-ev.de/literatur/parteien/index.php> (besucht 1. August 2007); Stellungnahmen aus der Politik: neben der großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 1. März 2001 auch die Doku-

mentation der SPD-Bundestagsfraktion, „Die Zukunft der deutschen Sprache“ (Dokumente Nr. 01/01) vom 24. Oktober 2000, <http://www.vds-ev.de/literatur/parteien/spd-zukunft.pdf> (besucht 1. August 2007); Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion nach der Entscheidung der EU zur Erweiterung: Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drs. 15/250 vom 17. Dezember 2002, „Deutsch als Arbeitssprache der Europäischen Union“, <http://dip.bundestag.de/btd/15/002/15002250.pdf> (besucht 1. August 2007); wichtig für die Sprachendiskussion auch die Große Anfrage der Regierungsfraktion SPD/GRÜNE vom 6. Juli 2001: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/6659, „Zukunft der deutschen Sprache“, <http://dip.bundestag.de/btd/14/066/14066659.pdf> (besucht 1. August 2007) und die interessante und ausführliche Antwort der Bundesregierung: Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/8203 vom 9. Februar 2002, „Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der ... Fraktion der SPD sowie ... der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Zukunft der deutschen Sprache“, <http://dip.bundestag.de/btd/14/082/1408203.pdf> (besucht 1. August 2007).

<sup>16</sup> U. Ammon, „Rückwärtsgewandte Englisch-Gegner“, *duzMagazin* 05/2007, 9.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Vgl. u. a. H. Möller, *Exodus der Kultur: Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933* (München 1984) sowie W. Röder/H. A. Strauss (Hg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. I-III* (München 1999) (1980–1983); M. G. Ash/A. Söllner (Hg.), *Forced Migration and Scientific Change. Émigré German-speaking Scientists and Scholars after 1933. Publications of the German Historical Institute Washington D.C.* (Cambridge/New York 1998); C.-D. Krohn (Hg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945* (Darmstadt 1998); U. Wendtland, *Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunsthistoriker im Exil: Leben und Werk der unter dem Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler* (München 1999); F. Trapp/W. Mittenzwei/H. Rischbieter/H. Schneider (Hg.), *Handbuch des deutschsprachigen Exiltheaters 1933–1945, Bd. 1.2* (München 1999). An herausragenden deutschsprachigen, meist Neuzeithistorikern, die in den 1930er Jahren Deutschland verlassen mussten und die Geschichtswissenschaft der USA und auch Großbritanniens nachhaltig beeinflussten sind u. a. zu nennen: Erich Eyck, Peter Gay, Dietrich Gerhard,

Felix Gilbert, Hajo Holborn, Eckart Kehr, Theodor Ernst Mommsen, Hans Rosenberg, Hans Rothfels, Fritz Stern, Henry H.H. Rehak und Veit Valentin, aber auch Henry Kissinger. In Großbritannien profilierten sich Francis Carsten, Edgar Feuchtwanger, John Grenville, Eric J. Hobsbawm, Werner E. Mosse, Sidney Pollard und als Frühneuzeitler vor allem der Tudor- und Reformationshistoriker Geoffrey Elton (Sohn des Althistorikers Victor Ehrenberg). Anders als die in die USA emigrierten Wissenschaftler mussten die in Großbritannien aufgenommenen ihre Namen ändern. Zu den Wissenschaftlern, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg durch Stipendien und aus beruflichen und anderen Gründen zeitweise oder für immer verlassen haben, gehören neben zahlreichen Germanisten u. a. beispielsweise Wulf Köpke, Peter Merkl, Wolfram F. Hanrieder, Frank Trommler, Eberhard Reichmann, Ingeborg Hoesterey, Albrecht Holschuh, Albrecht Classen, Paul Michael Lützeler, Michael Geyer und Volker R. Berghahn. Die Liste ließe sich ohne größere Probleme vergrößern.

<sup>19</sup> Ammon (Anm. 16) 9.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu auch W. Thierse, Sprachenvielfalt als politische Verpflichtung. Ansprache vor dem Deutschen Philologenverband am 16. März 2001 in der Berliner Humboldtuniversität, <http://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2001/007.html>, auch <http://www.vds-ev.de/literatur/parteien/thierse2.php> (besucht 27. Juni 2007 bzw. 1. August 2007).

<sup>22</sup> Ebd. 1.

<sup>23</sup> W. Thierse, „Es ist das Selbstverständlichste, dass man die eigene Sprache verteidigt“, voller Text des Beitrages für die WamS vom 11. Februar 2001, [http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2001/pz\\_010214.html](http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2001/pz_010214.html) (besucht 27. Juni 2007).

<sup>24</sup> R. Mocikat, Eine Sprache, die sich zurückzieht, ist bald tot, *duz-Magazin* 05/2007, 8.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu W. D. Gruner, Historical Dimensions of German Statehood. From the Old Reich to the New Germany, in: A. Gunlicks (Hg.), *German Public Policy and Federalism* (New York/Oxford 2004) 15–46, 16–17 sowie E. Deuerlein, *Föderalismus* (Bonn 1972) und M. Umbach (Hg.), *German Federalism. Past, Present, Future* (Basingstoke 2002).

<sup>26</sup> T. Läufer (Bearb.), *Der Vertrag. Europäische Gemeinschaft – Eu-*

ropäische Union. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen (Bonn 1993) 173 (kursiv ergänzt „förderativen“, WDG. Diese Formulierung war im ursprünglichen Luxemburger Vertragstext enthalten).

<sup>27</sup> J. Schloemann, „Der Geist im Übersetzungsbüro. Kritik am Englischzwang für deutsche Forschungsanträge“, SZ Nr. 168 vom 24. Juli 2007, 11.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Ebd.; vgl. auch Arbeitskreis Deutsch als Wissenschaftssprache, R. Mocikat/W. Haße/H. H. Dieter, Sieben Thesen zur deutschen Sprache in der Wissenschaft, <http://www.7thesenwissenschaftssprache.de> (besucht 25. Juni 2007).

<sup>30</sup> Mocikat/Hasse/Dieter (Anm. 29), 2.

<sup>31</sup> Zur Sprachenproblematik vgl. auch den Essay von J. Nida-Rümelin, Hochschulpolitik und die Zukunft der Geisteswissenschaften, Onlineversion von: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2006 vom 27. November 2006, 4, [http://www.bpb.de/publikationen/CNVMIC,O,Hochschulpolitik\\_und\\_die\\_Zukunft\\_der\\_Geisteswissenschaften.html](http://www.bpb.de/publikationen/CNVMIC,O,Hochschulpolitik_und_die_Zukunft_der_Geisteswissenschaften.html) (besucht am 27. Juni 2007).

<sup>32</sup> Mocikat/Hasse/Dieter (Anm 29) These V, 3.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von J.-D. Gauger und G. Rüther, Die Geisteswissenschaften als selbstverständliches Element moderner Kultur (in diesem Band).

<sup>34</sup> K. T. Jasper, Die Idee der Universität (Berlin 1946) 80–81 (Auszug abgedruckt in der Dokumentation).

<sup>35</sup> Vgl. hierzu T. F. X. Noble/B. S. Strauss/D. J. Osheim/K. B. Neuschel/W. B. Cohen/D. D. Roberts, *Western Civilization. The Continuing Experiment* (Boston/New York <sup>2</sup>1998) sowie T. F.X. Noble/B. S. Strauss/D. J. Osheim/K. B. Neuschel/E. A. Accampo/D. D. Roberts/W. B. Cohen, *Western Civilization. Beyond Boundaries* (Boston/New York <sup>5</sup>2008).

<sup>36</sup> R. Wagner, Warum wir ohne Geisteswissenschaften viel besser leben würden. Die Zukunft der Geisteswissenschaften und die Rolle der Stiftung. Arbeitskreis Wissenschaft und Forschung, 1 (Hervorhebungen WDG). Vortrag auf der Jahrestagung des Arbeitskreises Wissenschaft und Forschung im Bundesverband Deutscher Stiftungen am 12. Mai 2005 in Freiburg i.Br., <http://www.stiftungen.org/Jahrestagungen/pdf/Wagner.pdf>. (besucht 18. Juni 2007); vgl. auch M. Göring, Statement für die Podiumsdiskussion „Wa-

rum wir ohne Geisteswissenschaften viel besser leben würden – die Zukunft der Geisteswissenschaften und die Rolle der Stiftungen“, <http://www.stiftungen.org/Jahrestagungen/pdf/statement-goering.pdf> (besucht 20. Juni 2007).

<sup>37</sup> Vgl. hierzu u. a. neuerdings J. Nida-Rümelin/W. Weidenfeld (Hg.), Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien (Baden-Baden 2007).

<sup>38</sup> J. Ortega y Gasset, Der Aufstand der Massen (Reinbek b. Hamburg 1968) (1930) 134.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> T. S. Eliot, Zum Begriff der Kultur (Reinbek b. Hamburg 1961).

<sup>41</sup> Ebd. 135.

<sup>42</sup> Vgl. hierzu auch Arens/Mittelstraß/Peukert/Ries, Zukunft universitärer Bildung sowie J. Mittelstraß, Willig aber unfähig? Über eine neue Asymmetrie von Forschung und Lehre in den deutschen Universitätsreformen, in: Villa Vigoni, Auf dem Weg zu einer europäischen Wissensgesellschaft – Verso una società europea della conoscenza, Mitteilungen VIII, 1, 88–99.

<sup>43</sup> W. Frühwald, anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, 60. Sitzung vom 11. Mai 2005 zum Thema „Situation der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in Deutschland“, zitiert nach Wagner, Warum wir ohne Geisteswissenschaften viel besser leben würden, 3; vgl. hierzu auch „Geisteswissenschaften im Umbruch. Expertenanhörung“, DAS PARLAMENT 20/2005 vom 17. Mai 2005, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2005/20/plenumundausschuesse/003.html> (besucht am 14. Juli 2007) sowie Antrag Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 16. Dezember 2004, „Geistes- und Sozialwissenschaften stärken“, (<http://dip.bundestag.de/btd/15/045/1504539.pdf> [*dip* = Das Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge, *btg* = Bundestagsdrucksache] (besucht 14. Juli 2007).

<sup>44</sup> DAS PARLAMENT (Anm. 43) 1.

<sup>45</sup> Vgl. die Überlegungen bei T. L. Friedman, The World is Flat. A Brief History of the Twenty-First-Century (New York <sup>2</sup>2006), Die Welt ist flach (Frankfurt/M. 2006).

<sup>46</sup> Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drs. 15/4539 vom 16. Dezember 2004, Antrag der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau) ... Franz Müntefering und der Fraktion der SPD, Dr. Angelika

Schwall-Düren ... Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften stärken“, [http://www.tauss.de/w/files/antraege/geistessozial\\_kulturwissenschaften\\_staerken.pdf](http://www.tauss.de/w/files/antraege/geistessozial_kulturwissenschaften_staerken.pdf) (besucht 20. Mai 2007).

<sup>47</sup> Ebd. 2.

<sup>48</sup> Vgl. hierzu „Geisteswissenschaften im Umbruch. Expertenanhörung“, DAS PARLAMENT 20/2005 vom 17. Mai 2005 sowie Anm. 43.

<sup>49</sup> Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drs. 15/5964 vom 23. August 2005, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung, <http://dip.bundestag.de/btd/15/1505964.pdf> (besucht 20. Mai 2007).

<sup>50</sup> Ebd. 3.

<sup>51</sup> Ebd. 4.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drs. 16/4161 vom 31. Januar 2007, Antrag der Abgeordneten Johann-Henrich Krummacher ... Volker Kauder, Peter Ramsauer und der CDU/CSU-Fraktion sowie der Abgeordneten Swen Schulze ... Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD, „Die Geisteswissenschaften stärken“, <http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604161.pdf> (besucht am 15. Mai 2007).

<sup>55</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drs. 16/4153 vom 31. Januar 2007, Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper ... Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP, „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften stärken“, <http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604153.pdf> (besucht 25. Mai 2007).

<sup>56</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drs. 16/4154 vom 31. Januar 2007, Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte ... Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE, „Perspektiven für die Geisteswissenschaften verbessern“, <http://dip.bundestag.de/btd/16/041/1604154.pdf> (besucht 20. Mai 2007); vgl. auch die Pressemitteilung von Petra Sitte vom 25. Januar 2007, „Geisteswissenschaften: Am Problem vorbeigedoktert“, <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1242909711> (besucht 26. Juli 2007).

<sup>57</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drs. 16/4406 vom 28. Februar 2007, Antrag der Abgeordneten Krista Sager ... Josef Philip

Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Die Geistes- und Sozialwissenschaften in Forschung und Lehre fördern“, <http://dip.bundestag.de/btd/16/044/1604406.pdf> (besucht 15. Mai 2007).

<sup>58</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, 79. Sitzung am 1. Februar 2007, 7881–7888, <http://dip.bundestag.de/btp/16/16079.pdf> [ptp = Bundestagsprotokoll] (besucht 15. Mai 2007).

<sup>59</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, 79. Sitzung am 1. Februar 2007, 7888–7895, <http://dip.bundestag.de/btp/16/16079.pdf> (besucht 15. Mai 2007).

<sup>60</sup> Drs. 16/4161 der CDU/CSU-SPD vom 31. Januar 2007, 1 sowie Anm. 54.

<sup>61</sup> Ebd. 2.

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4153, Antrag der FDP-Fraktion, „Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften stärken“, 1 (Hervorhebungen WDG, s. auch Anm. 55).

<sup>64</sup> Ebd. 1 (Hervorhebungen WDG).

<sup>65</sup> Ebd. 2 (Hervorhebung WDG).

<sup>66</sup> Ebd. 2 (Hervorhebungen WDG).

<sup>67</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4406 vom 28. Februar 2007, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Die Geistes- und Sozialwissenschaften in Forschung und Lehre fördern“ (s. auch Anm. 57).

<sup>68</sup> Ebd. 1.

<sup>69</sup> Ebd. 2.

<sup>70</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4154 vom 31. Januar 2007, Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte ... Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE, „Perspektiven für die Geistes- und Sozialwissenschaften verbessern“, 1 (s. auch Anm. 56).

<sup>71</sup> Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, 79. Sitzung vom 1. Februar 2007, 7888 (Hervorhebungen WDG, s. auch Anm. 59).

<sup>72</sup> Ebd. 7890 (Hervorhebungen WDG).

<sup>73</sup> Ebd. 7890 (Hervorhebungen WDG); s. auch „Gemeinsame Sprache lernen: Die Herausforderung: Natur braucht Geist“, Rheinische Post vom 31. Januar 2007, <http://www.rp-online.de/public/>

article/aktuelles/beruf/special\_studieren/geisteswissenschaften/402437 (besucht 31. Juli 2007).

<sup>74</sup> Ebd. 7891.

<sup>75</sup> Ebd. 7893–7894 (Jan Korte).

<sup>76</sup> Ebd. 7894.

<sup>77</sup> Vgl. hierzu den Bericht über die Expertenanhörung „Geisteswissenschaften im Umbruch“, DAS PARLAMENT 20/2005 vom 17. Mai 2005, Sonderband Hochschulpolitik, <http://www.bundestag.de/2005/20/plenumundausschuesse/003.html> (besucht am 17. Juli 2007) sowie Deutscher Bundestag 11. Mai 2005, Experten warnen vor Abwanderung von Geisteswissenschaftlern ins Ausland, [http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2005/2005\\_132/07.html](http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2005/2005_132/07.html) (besucht 25. Juni 2007).

<sup>78</sup> Wissenschaftsrat (Hg.), Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland. Teil 1: Stellungnahme, Drs. 7068–06 vom 27. Januar 2006, <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7068-06.pdf> (besucht am 15. Mai 2007).

<sup>79</sup> Für zahlreiche konstruktive und erhellende Hinweise – zusätzlich zu meinen eigenen Lehr- und Forschungserfahrungen in den USA – möchte ich meinen amerikanischen Freunden und Kollegen ganz herzlich danken, insbesondere Roy Austensen, Robert D. Billinger, Lawrence Flockerzie, Stephen Fritz, Gerry Kleinfeld und David Roberts.

<sup>80</sup> Vgl. hierzu die Auflistung der Universitäten und Colleges nach Regionen und US-Staaten bei Yahoo, [http://dir.yahoo.com/Education/Higher\\_Education/Colleges\\_and\\_Universities/By\\_Region/US\\_States/](http://dir.yahoo.com/Education/Higher_Education/Colleges_and_Universities/By_Region/US_States/) (besucht 27. Juli 2007).

<sup>81</sup> Vgl. hierzu „America's Best Colleges 2007“, [http://www.usnews.com/usnews/edu/college/directory/alpha\\_dir/brief/index\\_brief.php](http://www.usnews.com/usnews/edu/college/directory/alpha_dir/brief/index_brief.php) (besucht 2. August 2007) – die neue Ausgabe für 2008 erscheint am 17. August 2007; zu den „National Universities: Top Schools“, gelistet sind 124, [http://colleges.usnews.rankingsandreviews.com/usnews/edu/college/rankings/brief/t1natudoc\\_brief.php](http://colleges.usnews.rankingsandreviews.com/usnews/edu/college/rankings/brief/t1natudoc_brief.php) (besucht 2. August 2007); zu den besten „Graduate Schools“ (Master, PhD), [http://grad-schools.usnews.rankingsandreviews.com/usnews/edu/grad/rankings/rankindex\\_brief.php](http://grad-schools.usnews.rankingsandreviews.com/usnews/edu/grad/rankings/rankindex_brief.php) (besucht 2. August 2007) sowie zu den besten regionalen Universitäten und Colleges, [http://colleges.usnews.rankingsandreviews.com/usnews/edu/college/rankings/brief/t1univmas\\_mw\\_brief.php](http://colleges.usnews.rankingsandreviews.com/usnews/edu/college/rankings/brief/t1univmas_mw_brief.php) (besucht 2. August 2007).

<sup>82</sup> Vgl. University of Georgia at Athens, <http://www.uga.edu/academic/franklin.html> und <http://www.uga.edu/history/faculty.html> (besucht 15. Juli 2007), zur Universität von Arizona vgl. <http://datamonster.sbs.arizona.edu/history/faculty.php> (besucht 2. August 2007).

<sup>83</sup> Vgl. <http://www.indiana.edu/~histweb/faculty/field.shtml> (besucht 2. August 2007).

<sup>84</sup> Vgl. <http://www.indiana.edu/~germanic/faculty/into.html> (besucht 2. August 2007).

<sup>85</sup> Vgl. <http://www.indiana.edu/~west/aboutWest.php4> (besucht 2. August 2007).

<sup>86</sup> Vgl. <http://www.valpo.edu/history/faculty.html> (besucht 14. April 2007) sowie German at VU, <http://www.valpo.edu/foreignlang/descriptions/German.html>, <http://www.valpo.edu/germanhouse/> (besucht 14. April 2007) sowie <http://www.udayton.edu> und <http://artssciences.udayton.edu> (besucht 31. März 2007).

<sup>87</sup> Vgl. <http://www.wingate.edu> (besucht 28. März 2007).

<sup>88</sup> Characteristics of Marianist Universities. A Resource Paper (Dayton 1999) 31.

<sup>89</sup> Vgl. The British Library – The World’s Knowledge, <http://www.bl.uk> (besucht 5. Mai 2007); British Museum London, Department of Manuscripts, <http://www.archive.org/search.php?query=creator%3A%22British%20Museum.%20Dept.%20of%20Manuscripts%22> (besucht 5. Mai 2007); National Library of Scotland, Edinburgh, <http://www.nls.uk> (besucht 5. Mai 2007); Bodleian Library Oxford, <http://www.bodleian.ox.ac.uk> (besucht 5. Mai 2007).

<sup>90</sup> Vgl. hierzu die Regelungen des Erziehungsministeriums für MCFs und Professoren an Universitäten, [http://www.education.gouv.fr/personnel/enseignant\\_superieur/enseignant\\_chercheur/default.htm](http://www.education.gouv.fr/personnel/enseignant_superieur/enseignant_chercheur/default.htm) (besucht 15. Mai 2007).

<sup>91</sup> Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002 Teil I, Nr. 11, Gesetz zur Reform der Professorenbesoldung (Professorenbesoldungsreformgesetz – ProfBesReformG) vom 16. Februar 2002, 686–692.

<sup>92</sup> In der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Bundestages am 18. Oktober 2001 wurden von der Mehrheit der Sachverständigen inhaltliche und verfassungsrechtliche Bedenken geäußert, Deutscher Bundestag – Blickpunkt 09/2001, „Inhaltliche Bedenken gegen Professorenbesoldung“, <http://www.bundestag.de/bp2001/bp0109/0109037a.html> (besucht 25. Juli 2007); Vgl.

hierzu auch den Entwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Professorenbesoldung“, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/6852 vom 31. August 2001, <http://dip.bundestag.de/btd/14/068/1406852.pdf> (besucht 25. Juli 2007).

<sup>93</sup> Inhaltliche Bedenken gegen Professorenbesoldung (s. Anm. 92) 1.

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/7077 vom 10. Oktober 2001, Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach ... Dr. Wolfgang Gerhard und der Fraktion der FDP, 1, <http://dip.bundestag.de/btd/14/070/1407077.pdf> (besucht 15. Juli 2007).

<sup>96</sup> Deutscher Hochschulverband, Forschung und Lehre 5/2005, H. Detmer/U. Preißler, Die ‚neue‘ Professorenbesoldung, 256–258; Deutschlandfunk – Campus & Karriere – Ein W für ein C, Interview vom 14. Dezember 2005 von Sandra Pfister mit dem Präsidenten des Hochschulverbandes Bernhard Kempen, Der Deutsche Hochschulverband klagt gegen die W-Besoldung, <http://www.radio.de/dlf/sendungen/campus/448230> (besucht 15. Juli 2007).

<sup>97</sup> Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/6852 vom 31. August 2001, 2 (2 Vollzugaufwand – s. auch Anm. 79).

<sup>98</sup> Ebd. 2 (1.2 Professoren).

<sup>99</sup> Aus eigener Tätigkeit als Reviewer sind mir vor allem nicht deutsche Zeitschriften bekannt, u. a. beispielsweise die German Studies Review (GSR), The International History Review (IHR), Schweizer Zeitschrift für Politik (SZP). Monographien, Editionen oder Sammelbände werden neuerdings häufig vorher begutachtet, sofern Druckkostenzuschüsse beantragt werden. Bei Reihen entscheiden die Herausgeber über die Aufnahme einer Studie.

<sup>100</sup> In vielen Bundesländern wird nur mehr ein Drittel eines Monatsgehaltes zusätzlich gezahlt.

<sup>101</sup> Vgl. zum Komplex Professorenbesoldung W1–W3 u. a. <http://gkl.prz.tu-berlin.de/tarif/BeamteW.pdf> (besucht 1. August 2007), C-Besoldung (C1–C4) u. a. <http://www.hochschulverband.de/cms/fileadmin/pdf/besoldungstabellen/c-west.pdf> (besucht 1. August 2007) und Mitarbeiterbesoldung u. a. A12–A16 <http://gkl.prz.tu-berlin.de/tarif/BeamteW.pdf> (besucht 1. August 2007) sowie BAT IIB/BAT Ib u. a. die Ländertarife TV-L vgl. *duzMagazin* 11/06 vom 17. November 2006, [http://duz.de/docs/artikel/m\\_11\\_06portemonaie.htm](http://duz.de/docs/artikel/m_11_06portemonaie.htm) (besucht 1. August 2007) und Tarifvertrag Länder – TV-L Wissenschaftsspezifische Regelungen, <http://www.personalrat>

uni-bremen.de/public/tarif/wissenschaftsTVInfoBadenW.pdf (besucht 1. August 2007).

<sup>102</sup> Einen guten Überblick vermittelt zur Professorenbesoldung in den USA und Kanada die Website zu Hochschulkarrieren, [http://www.hochschulkarrieren.de/hk-wiki/index.php/Professorenbesoldung\\_in\\_den\\_USA-und\\_Kanada](http://www.hochschulkarrieren.de/hk-wiki/index.php/Professorenbesoldung_in_den_USA-und_Kanada) (besucht 15. Mai 2007).

<sup>103</sup> Vgl. ebd., [http://www.hochschulkarriere.de/hk-wiki/index.php/Professorenbesoldung\\_in\\_Gro%C3%9Fbritannien](http://www.hochschulkarriere.de/hk-wiki/index.php/Professorenbesoldung_in_Gro%C3%9Fbritannien) (besucht 15. Mai 2007).

<sup>104</sup> Vgl. Ministère de Éducation Nationale, [http://www.education.gouv.fr/personnel/enseignant\\_superieur/enseignant\\_chercheur/default.htm](http://www.education.gouv.fr/personnel/enseignant_superieur/enseignant_chercheur/default.htm) (besucht 15. Mai 2007).

<sup>105</sup> Vgl. ebd., 4 (dernier échelon de la hors classe € 4.366,50).

<sup>106</sup> Vgl. hierzu die Philosophische Fakultät der Universität Rostock, <http://www.phf.uni-rostock.de/51/studienordnung.html> (besucht 1. August 2007).

<sup>107</sup> Vgl. hierzu die Universität zu Köln sowie die Universität Hamburg, [http://www.uni-koeln.de/uni/studium\\_reform.html](http://www.uni-koeln.de/uni/studium_reform.html), geschildert wird der Stand der Reform, und es ist auch ein BA-Modell für einen Zwei-Fach-Bachelor und Zwei-Fach-Master beigefügt (besucht 1. August 2007); die Universität Hamburg hat für die Geistes- und Kulturwissenschaften eine Rahmenprüfungsordnung: Prüfungsordnung der Geistes- und Kulturwissenschaften für Studiengänge mit dem Abschluss Bachelor of Arts/Baccalaurea Artium bzw. Baccalaureus Artium (B.A.), Amtlicher Anzeiger 32 vom 25. April 2006, 1ff., [http://www.uni-hamburg.de/studienberatung/posto/po\\_slm.pdf](http://www.uni-hamburg.de/studienberatung/posto/po_slm.pdf) (besucht 1. August 2007); Fachspezifische Bestimmungen für den Bachelorstudiengang Deutsche Sprache und Literatur, Amtlicher Anzeiger Nr. 50 vom 27. Juni 2006, 1408–1451, [http://www.uni-hamburg.de/studienberatung/fachspez\\_gemanistik.pdf](http://www.uni-hamburg.de/studienberatung/fachspez_gemanistik.pdf) (besucht 1. August 2007) und Fachspezifische Bestimmungen für Geschichte als Haupt- und Nebenfach eines Studiengangs mit dem Abschluss Baccalaurea Artium bzw. Baccalaureus Artium (B.A.) der Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften vom 23. November 2005, Amtlicher Anzeiger Nr. 45 vom 9. Juni 2006, 1408–1451, [http://www.uni-hamburg.de/studienberatung/fachspez\\_geschichte.pdf](http://www.uni-hamburg.de/studienberatung/fachspez_geschichte.pdf) (besucht 1. August 2007).

<sup>108</sup> Am Historischen Seminar bestehen derzeit keine BA-Studiengänge, sondern lediglich Magisterstudiengänge – ein Hauptfach,

zwei Nebenfächer – vgl. <http://www.geschichte.uni-muenchen.de/leitfaden/magisterstudium.shtml> (besucht 1. August 2007), in anderen Studiengängen der LMU kann Neuere Geschichte als Nebenfach im BA/MA-Studiengang gewählt werden. Vgl. hierzu die BA/MA-Studiengänge an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Stand 1. August 2007), <http://www.uni-muenchen.de/funktionen/suche.html> (u. a. BA-/MA-Studiengänge Kommunikationswissenschaft, Komparatistik, der BA-/MA-Studiengang Komparatistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) als konsekutiver Studiengang, <http://komparatistik.lmu.de/dat/akkreditierung%20Version%2012.doc> (besucht 1. August 2007); als viersemestriger Masterstudiengang zusammen mit der Universität Regensburg wird ein interdisziplinärer Elitestudiengang Osteuropastudien angeboten, <http://www.osteuropastudien.lmu.de/inhalt/studiengang/index.php> (besucht 1. August 2007). Vgl. hierzu auch Gutachtergruppe ‚Zukunft Bayern 2020‘ (Hg.), *Zukunft Bayern 2020. Nachhaltige Politik für Kinder, Bildung und Arbeit. Megatrends und ihre bessere Nutzung durch Wirtschaft und Wissenschaft* (München 2007) 243ff. (Modularisierung und Internationalisierung des Studiums), 271ff. (Elitenetzwerk), 294ff. (Gesellschafts- und Geisteswissenschaften als Reflexionszentren stärken).

<sup>109</sup> Fachspezifische Bestimmungen für den BA-Studiengang Deutsche Sprache und Literatur Amtl. Anz. 50, 2006, 1408 zu § 1 Absatz 1 (1) (s. auch Anm. 107).

<sup>110</sup> Studienordnung für den Bakkalaureus-Artium-Studiengang B 3: Germanistik § 1 Ziele des Studiums, <http://www.phf.uni-rostock.de/download/ba/Germanistik.pdf> (besucht 1. August 2007).

<sup>111</sup> Universität Hamburg, Fachspezifische Bestimmungen für Geschichte als Haupt- und Nebenfach eines BA-Studiengangs, Amtl. Anz. 45/2006, 1222 Zu § 1 (1) (s. auch Anm. 107).

<sup>112</sup> Nachfolgende Zitate: Ebd. zu § 1 (2), 1222.

<sup>113</sup> Universität Rostock, Studienordnung für den Bakkalaureus-Artium-Studiengang B 4: Geschichte, B 4.4: Neuere Geschichte Europas, § 1 Ziele des Studiums, <http://www.phf.uni-rostock.de/download/ba/GeschichteNeuereS.pdf> (besucht 1. August 2007).

<sup>114</sup> Ebd.

<sup>115</sup> S. Anm. 43.

<sup>116</sup> Vgl. hierzu die entsprechenden Zahlen zu der wachsenden Zahl

der Studienabschlüsse und der Promotionen im Gutachten des Wissenschaftsrates: Wissenschaftsrat (Hg.), Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland vom 27. Januar 2006, 20f.

<sup>117</sup> Ebd. 19 sowie zu den Abschlüssen 19–21; vgl. auch Nida-Rümelin, Die hochschulpolitische Lage und Zukunft der Geisteswissenschaften in Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2006, Online-Version <http://www.nida-ruemelin.de/docs/hochschulpolitik.pdf> (besucht 15. Mai 2007).

<sup>118</sup> Anlage zum Brief vom 14. Mai 2007 von Professor Flockerzie an den Verfasser.

<sup>119</sup> Ebd. University of Dayton, Ohio, General Education Policy sowie ebd. BA „Academic Requirements“; vgl. auch <http://www.udayton.edu>; Zur „Humanities Base“ vgl. auch „The Humanities Base – Making connections and adding value to the UD experience“, [http://artssciences.udayton.edu/news/news\\_story.asp?iNewsID=199](http://artssciences.udayton.edu/news/news_story.asp?iNewsID=199) (besucht 14. Mai 2007).

<sup>120</sup> General Education Policy – Humanities Base, 2 (s. Anm. 119).

<sup>121</sup> W. Erhart, Konsekutive Studiengänge – ‚Bologna-Prozess‘ – Geisteswissenschaften: Zur Veränderung der Hochschullandschaft (Panel V „Geistes- und Sozialwissenschaften – Stiefkind oder Hoffnungsträger?“). Grüner Forschungskongress Neugier und Verantwortung. Forschung für die Gesellschaft von Morgen, 23./24. März 2007, 1, <http://www.gruene-bundestag.de/cms/forschung/dokbin/177/177771.pdf> (besucht 27. Juli 2007).

<sup>122</sup> Ebd. „Konsequenzen/Handlungsbedarf“, 2.

<sup>123</sup> Der Bolognaprozess – Geschichte des Bolognaprozesses, <http://www.htwm.de/~bologna/bologna/bologna.htm> (besucht 2. August 2007).

<sup>124</sup> Für die zusätzliche Einschätzung zur Stellung der Geisteswissenschaften und insbesondere der Geschichtswissenschaften sowie zur Wissenschaftsförderpolitik danke ich ganz herzlich Dr. Mareike König vom Deutschen Historischen Institut in Paris.

<sup>125</sup> Vgl. hierzu C. Zwierlein, Beispiel Frankreich: Der Bologna-Prozess im Nachbarland, *Zeitenblicke* 4 (2005) Nr. 1, auch <http://www.zeitenblicke.de/2005/1/zwierlein/Zwierlein.pdf> (besucht 2. August 2007) mit weiteren Hinweisen auf Literatur und Websites.

<sup>126</sup> Ebd. Punkte <30> – <34>, auch zum Folgenden.

<sup>127</sup> <http://www.stiftung-dgia.de> Deutsche Geisteswissenschaftli-

che Institute im Ausland: Neben den Historischen Instituten ist in Paris noch das Deutsche Forum für Kunstgeschichte, in Beirut/Istanbul das Orient Institut sowie in Tokio das Deutsche Institut für Japanstudien.

<sup>128</sup> <http://www.dhi-paris.fr> Deutsches Historisches Institut – Institut historique allemand. Der Jahresbericht „Das Deutsche Historische Institut Paris 2005–2006“, [http://www.dhi-paris.fr/seiten\\_deutsch/veroeffentlichungen/jahresberichte/jahresberichte05\\_06.pdf](http://www.dhi-paris.fr/seiten_deutsch/veroeffentlichungen/jahresberichte/jahresberichte05_06.pdf) (besucht 5. August 2007).

<sup>129</sup> <http://www.dhi-roma.it> Deutsches Historisches Institut in Rom – Istituto Storico Germanico di Roma.

<sup>130</sup> <http://www.ghil.ac.uk/dhil.html> Das DHIL veröffentlicht halbjährlich ein Bulletin mit Berichten und Rezensionen sowie die „Annual Lecture“; vgl. auch <http://deutsche-kultur-international.de/real/index.html?ID=26&section=org> (besucht 5. August 2007).

<sup>131</sup> <http://www.ghi-dc.org> Das DHI gibt auch ein Bulletin heraus: Bulletin of the German Historical Institute No. 40 Spring 2007.